

Ödön Both

(Szeged)

**WISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNGSRICHTUNGEN
AUF DEM GEBIETE DER UNGARISCHEN
RECHTSGESCHICHTE SEIT 1945**

WISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNGSRICHTUNGEN AUF DEM GEBIET DER UNGARISCHEN RECHTSGESICHTE SEIT 1945

Die ungarische Rechtsgeschichte als selbständige Disziplin ist etwa vor hundert Jahren entstanden. Sie wurde zunächst im Rahmen der europäischen Rechtsgeschichte, gleichzeitig mit der Entstehung der selbständigen rechtshistorischen Forschungen, bereits in den 60-er Jahren des 19. Jahrhunderts an der Pester Universität unterrichtet. Professor *Imre-Hajnik* hat am Ende des 19. Jahrhunderts in seinen im positivistischen Geist geschriebenen Werken dieses Disziplin auf europäisches Niveau erhoben, aber auf der von ihm geschaffenen Grundlage konnten nur wenige ungarische Rechtshistoriker Monographien hervorbringen, deren Niveau mit der allgemeinen Rechtsgeschichte des Zeitalters vergleichbar war. Darin spielte einerseits die am Anfang des 20. Jahrhunderts, als Überbleibsel des verfallenden Feudalismus, herrschende nationalistisch—chauvinistische Auffassung eine Rolle, die Ungarn als eine besondere Welt betrachtete (*extra Hungariam non est vita, si est vita, non est ita*), andererseits der Umstand, dass sich nicht mehr als fünf, eventuell sechs Forscher in der Periode vor dem ersten Weltkrieg, aber auch in den darauf folgenden Jahrzehnten, berufsmässig, gleichzeitig, im ganzen Lande, mit der ungarischen Rechtsgeschichte befassten. Der erste Weltkrieg bedeutete in der Geschichte der ungarischen Rechtsgeschichte keine ausgeprägte Trennungslinie, bloss insofern, dass sich die anachronistische Betrachtungsweise des ungarischen Rechtes nach der Niederschlagung der Ungarischen Räterepublik von 1919, in der Periode der Gegenrevolution, im immer grösseren Mass verbreitete, und die geistesgeschichtliche Richtung, parallel mit der Schwächung des Positivismus, in der Geschichtsschreibung auch bei den Rechtshistorikern, bei mehreren obzwar nur als Schlagwort, allmählich an Boden gewann.¹

Mit dem Abschluss des zweiten Weltkrieges entstand, infolge der Befreiung des ungarischen Volkes von der Unterdrückung des deutschen Na-

¹ Pál Horváth, *Dualizmuskori jogtörténetírásunk főbb irányai (Wichtigere Richtungen unserer Rechtsgeschichtsschreibung zur Zeit des Dualismus)*, Budapest 1968; Ders., Adalékok a nemzeti ideológia múltjának elemzéséhez a magyar jogtörténetírás történetéből (*Beiträge zur Analyse der Vergangenheit der nationalen Ideologie aus der Geschichte der ungarischen Rechtsgeschichtsschreibung*) in Az Eötvös Loránd Tudományegyetem Évkönyve 1966. S. 71—85; Alajos Degré, *A magyar jogtörténetírás keletkezése és fejlődése a dualizmus korában (Entstehung und Entwicklung der ungarischen Rechtsgeschichtsschreibung im Zeitalter des Dualismus)*, Budapest 1968; Andor Csizmadia, *A jogtörténeti oktatás a pécsi tudományegyetemen a két világháború között (Der Unterricht der Rechtsgeschichte an der Universität von Pécs zwischen den zwei Weltkriegen)* in Jubileumi tanulmányok Bd. II., Pécs 1967, S. 107—128.

tionalsozialismus und des ungarischen Faschismus, eine neue Lage. Die Befreiung schuf auch auf dem Gebiet der ungarischen Geschichtsschreibung², der Rechtsgeschichtsschreibung die Bedingungen für die sozialistische Umwälzung. Es war dazu vor allem eine gewisse Zeit notwendig, ausserdem sollten solche Rechtshistoriker die Feder in die Hand nehmen, die fachlich gründlich ausgebildet waren, und die sich im Besitz der marxistischen Weltanschauung, unter Anwendung der Theorie und der Methodologie des historischen Materialismus, der Forschung und Lösung der Probleme ihrer Disziplin zuwandten.

I.

Die ungarische Staats- und Rechtsgeschichtsschreibung von 1945 bis 1956

Das Jahrzehnt von der Befreiung bis 1956 kann in der Vergangenheit der ungarischen Rechtsgeschichtsschreibung als eine Übergangsperiode betrachtet werden. Während dieser Zeit haben die Mitglieder der älteren Rechtshistorikergeneration die Lehren des historischen Materialismus grösstenteils erkannt und erlernt, und sie erzogen mit opferreicher Arbeit die jüngere Generation, die im vollen Besitz der während ihrer Universitätsstudien erlernten marxistischen Weltanschauung, gemeinsam mit ihren Lehrmeistern, die Staats- und Rechtsgeschichtsschreibung weiterentwickelten. Die allmähliche Verbreitung der marxistischen Geschichtsauffassung kann auch in den veröffentlichten Werken beobachtet werden. Am Anfang dieser Periode wurden noch im bürgerlichen Geiste geschriebene Werke veröffentlicht, am Ende der Periode erschienen aber bereits in der Mehrheit solche Werke, über die es in objektiver Weise anerkannt werden soll, dass die Verfasser bestrebt waren, ihre Forschungen im marxistischen Geist durchzuführen.

Der zweite Weltkrieg forderte vom ungarischen Volk, ähnlich wie von anderen Völkern, unermessliche Opfer sowohl an materiellen, wie auch an geistigen Gütern, besonders am menschlichen Leben, und er schonte auch die Rechtshistoriker nicht. Einige kamen ums Leben, andere setzten aus verschiedenen Gründen und Erwägungen ihre rechtsgeschichtlichen Forschungen nicht fort. Die erlittenen Verluste wurden aber nicht die Quellen des Kleinmutes, sondern feuerten die Überlebenden zu einer von Berufsfreude durchdrungenen Arbeit an. Die Wahrheit dieser Behauptung ist am besten durch jene Tatsache zu beweisen, dass innerhalb von zwei Jahren drei grosse rechtsgeschichtliche Monographien erschienen: eine von Ferenc Eckhart, Professor der Rechtsgeschichte in Budapest, die zweite von seinem Schüler, György Bónis, Professor der Rechtsgeschichte in Klausenburg, und die dritte vom Historiker, Győző Ember.

Ferenc Eckhart, einer unserer fortschrittlichsten bürgerlichen Rechtshistoriker,³ hatte während des Horthy-Regimes den Mut, die chauvinistische

² Gyula Mérei, *A magyar történetírás története 1945—1967 (Die Geschichte der ungarischen Geschichtsschreibung 1945—1967)* in *Unnepi Acta*, Szeged 1967, S. 23. ff.

³ Emma Lederer, *A magyar polgári történetírás rövid története (Die kurze Geschichte der ungarischen bürgerlichen Geschichtsschreibung)*, Budapest 1969, S. 121, 139; A. Csizmadia a. a. O., S. 111, 113; Pál Horváth, *A kelet- és közép-európai népek jogfejlődésének főbb irányai (Hauptrichtungen in der Rechtsentwicklung der*

Geschichtsschreibung, die die historische Entwicklung ausser Acht liess, zu verurteilen, und die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Verwendung von slawischen Analogien zu lenken.⁴ Es ist für ihn charakteristisch, dass er sein Lehrbuch über die ungarische Rechtsgeschichte⁵ im Jahre 1946 veröffentlichte. Dieses Werk zeugt davon, dass er teils unter dem Einfluss der geistesgeschichtlichen Richtung, jedoch mit einer ausgeprägten positivistischen bürgerlichen Betrachtungsweise⁶ sowohl die Ergebnisse seiner früheren Forschungen, als auch seiner mehr als zwanzigjährigen pädagogischen Erfahrungen, und auch die zugängliche historische und rechtshistorische Literatur gründlich bearbeitete. Professor Eckhart begnügte sich — von den Verfassern der früheren Lehrbüchern abweichend — mit der systematischen Erörterung der Geschichte des ungarischen feudalen Rechtssystems nicht, er breitete sich in seinem zusammenfassenden Werk, obwohl nur skizzenhaft, auch über die Darstellung der Verfassungsgeschichte des kapitalistischen Zeitalters aus. Der Wert seines Lehrbuches wird weder durch seine ideologischen Mangelhaftigkeiten, noch die Lückenhaftigkeit des von ihm bearbeiteten Materials vermindert, denn eben dadurch wurde die Aufmerksamkeit auf zahlreiche Gebiete der ungarischen Rechtsgeschichte gelenkt, die eine eingehende Forschung benötigten. Es wurde anhand dieses Werk offensichtlich, wie wenig wir über die Gestaltung der Rechtsverhältnisse der Leibeigenen oder des städtischen Bürgertums, über die Staatsorganisationen der revolutionären Perioden der ungarischen Geschichte, über die Rechtsgeschichte des vergangenen Jahrhunderts, besonders was die Entstehung und Entwicklung der Freiheitsrechte betrifft, über die Vergangenheit unseres Strafrechts, über manche Institutionen des ungarischen feudalen Privatrechts wissen.

Kurz nach der Erscheinung des Lehrbuches von Professor Eckhart hat György Bónis sein auf etwa sechshundert Seiten beläufendes Werk über die Probleme des ungarischen Feudal- und Ständewesens im Mittelalter, mit einer verhältnismässig ausführlichen Zusammenfassung in französischer Sprache, veröffentlicht.⁷ Dieses Werk aber fand seitens der ungarischen Historiker und Rechtshistoriker keine entsprechende Aufnahme.⁸ Dieser Umstand ist umso mehr zu bedauern, weil die marxistische Kritik dieses

ost- und mitteleuropäischen Völker), Budapest 1968, S. 7, 23, 40, 66 ff.; György Bónis, In memoriam. Ferenc Eckhart. Zeitsch der Sav. — Stiftung für Rechtsgeschichte. Germ. Abt. Bd. 75. Weimar 1958, S. 596—600.

⁴ Ferenc Eckhart, Jog- és alkotmánytörténet (Rechts- und Verfassungsgeschichte) in A magyar történetírás új útjai, Budapest 1931, S. 269—320.

⁵ Magyar alkotmány- és jogtörténet (Ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte), Budapest 1946.

⁶ Im Gegensatz zur allgemeinen Auffassung nennt Professor Sarlós Ferenc Eckhart als einen eifrigen Vorkämpfer der geistesgeschichtlichen Richtung. Márton Sarlós, A feudális parazitizmus a kiegyezés utáni jogszabályainkban és a magyar jogtörténetírásban (Der feudale Parasitismus in unseren Rechtsnormen nach dem Ausgleich und in der ungarischen Rechtsgeschichtsschreibung) in Jogtörténeti Tanulmányok II, Budapest 1968, S. 276.

⁷ Hübériség és rendiség a középkori magyar jogban (La Féodalité et le Corporatisme dans le Droit hongrois du Moyen Age), Kolozsvár (1947). Das Resümee: S. 557—592.

⁸ József Holub, Professor an der Universität von Pécs war der alleinige, der über dieses Werk, obwohl ziemlich verspätet, in einer ausländischen Zeitschrift eine Rezension schrieb. Revue Historique de Droit Français et Étranger Jg. 29. (1951) S. 434—443.

wertvollen Werkes bereits damals die Lösung von zahlreichen Probleme unserer mittelalterlichen Rechts- und Gesellschaftsgeschichte hätte erleichtern können. Der Verfasser hat unter Benutzung der Forschungsergebnisse von Max Weber⁹ und Richard Thurnwald¹⁰ und dem Beispiel von István Hajnal¹¹ folgend, der bereits im Horthy-Regime als ein Gegner der Geistesgeschichte auftrat, danach getrachtet, seine rechtsgeschichtliche Zielsetzungen von der bürgerlichen Soziologie ausgehend, mit ihrer Hilfe lösen zu können. Wir wollen hier nicht soweit gehen, dass wir die Aufmerksamkeit auf die sich schon zur Zeit der Veröffentlichung als irrtümlich oder inzwischen als überholt erwiesenen bestreitbaren Behauptungen dieses Werkes (das eine sehr gründliche Quellendokumentation und Quellenkritik enthält) lenken. Es ist aber zu erwähnen, dass dieses Werk auch manche Ergebnisse enthält, die — unserer Ansicht nach — auch heute gültig sind. Solche sind zum Beispiel: die Lehns- und Ständeherrschaft stehen auch in Ungarn nicht im Gegensatz zu einander; die geistlichen Adeligen (*nobiles prediales*) sind nicht als Vasallen zu betrachten, sie kommen eher als Mitglieder eines Standes der im Staat zu Staat gewordenen kirchlichen Grossgrundbesitzer vor, die mit den Landeseingrundbesitzeradel gleichzustellen sind. Wir halten die Klärung der Rechtsstellung der Gutsbesitzer besonders für wichtig, die den Beweis lieferte, dass „nicht der Priesterstand und der Adelsstand, sondern die Grundbesitzerklasse, die aus dem hohen Klerus, dem niederen Klerus, dem Hochadel, dem Mitteladel und den sekundären Grundbesitzern bestand, in Ungarn bis zum Ende des 15. Jahrhunderts wirtschaftliche und politische Vorrechte genoss“.¹²

Die dritte grosse Monographie über die Geschichte der ungarischen öffentlichen Verwaltung der 16—17. Jahrhunderte, von Győző Ember,¹³ war bereits im Jahre der Befreiung als Manuskript vorhanden. Der Verfasser stützte sich vor allem auf die Ergebnisse der bis dahin publizierten Fachliteratur, und zur Lösung einiger Teilfragen führte er auch selbständige Forschungen in verschiedenen Archiven durch. Im Nachwort seiner Monographie schreibt er, er habe nach einer grösstmöglichen Vollkommenheit getrachtet, er habe die Richtung der zukünftigen Forschungen angeben wollen. Dieses Werk mit positivistischen Merkmalen ist auch heute noch eine wahre Fundgrube für alle Forscher, die die Fragen der Verwaltungsgeschichte während der Türkenherrschaft in Ungarn studieren oder erforschen wollen. Auch ein besonders reiches Material über die königlichen zentralen und territorialen Ämter bzw. Behörden, über die fürstlichen Ämter (Behörden) in Siebenbürgen, über die Organisation der Ständeämter (-behörden) und über ihre Befugnisse und Geschäftsführung ist darin zu finden.

In der zweiten Hälfte der vierziger Jahre erschienen ausser der erwähnten keine Monographien mehr, bloss einige Beiträge vom unterschiedlichen Umfang, grösstenteils von Historikern. József Holub schrieb zum Beispiel über

⁹ *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen 1925.²

¹⁰ *Die menschliche Gesellschaft in ihren etnozoologischen Grundlagen*. I—V. Berlin — Leipzig 1931—35.

¹¹ E. Lederer a. a. O. S. 154. ff.

¹² Gy. Bónis a. a. O. S. 182 ff., 446 ff., (Zitat: S. 460.)

¹³ *Az újkori magyar közigazgatás története Mohácsi a török kiűzéseig (Geschichte der ungarischen Verwaltung in der Neuzeit, von der Schlacht bei Mohács bis zur Austreibung der Türken)*, Budapest 1946.

die Rechtsstellung des Kirchenadels im Mittelalter¹⁴, István Szabó veröffentlichte seine Forschungsergebnisse über den Besitz der Leibeigenen in den 16—17. Jahrhunderten¹⁵, und er nahm in seinen Band¹⁶ auch seine Arbeiten über die Geschichte der Bauernschaft auf, die sowohl aus dem Gesichtspunkt der Rechtsgeschichte, als auch aus dem der Geschichte der Gesellschaft von Bedeutung sind. Dabei sind die folgenden Themen zu erwähnen: das System der erblichen Hörigkeit, der Religionswesen der Leibeigenen, die neuzeitliche Krise der Selbstverwaltung in den Bauerndörfern, die Probleme des Bauerngutes in den Jahren 1848—49. Die Abhandlungen von Gyula Mérei und Emma Léderer sind eher für die Geschichte der Gesellschaft, als für die Rechtsgeschichte von unmittelbarer Bedeutung, die einige Probleme des ungarischen Zunftsystems vor 1848¹⁷, beziehungsweise das Verhältnis vom Staat zur Kirche in den 11—13. Jahrhunderten¹⁸ behandelten. In diesen Jahren sind auch einige verwaltungshistorischen Abhandlungen veröffentlicht worden. Unter diesen sind der Aufsatz von Győző Ember über die Geschichte der ungarischen Bauerverwaltung zwischen 1788 und 1867,¹⁹ und der Aufsatz von László Papp über die Organisation und Geschäftsführung der Kanzlei des Palatins Pál Eszterházy,²⁰ und die Abhandlung von Ibolya Felhő über das Verhältnis der königlichen Freistädte und der ungarischen Kammer²¹ im 17. Jahrhundert vor allem beachtenswert.

Das hundertjährige Jubiläum der bürgerlichen Revolution von 1848 gab Anlass zur Veröffentlichung von mehreren Studien und Quellenpublikationen, die sich mit einzelnen wichtigen Teilfragen der Verfassung dieser revolutionären Epoche befassen, bzw. sie der Erkenntnis des Lebenswerkes von Lajos Kossuth, der auch in der ungarischen Rechtsentwicklung eine bedeutende Rolle spielte, dienen. Győző Ember veröffentlichte bereits in dieser Zeit eine Arbeit verhältnismässig kleineren Umfanges über das für den Schutz der revolutionären Errungenschaften und der Verteidigung der Unabhängigkeit des Vaterlandes berufene, vom Herbst des Jahres 1848 bis zur Dethronisation des Hauses Habsburgs als höchstes Regierungsorgan fungierende Landesverteidigungskomitee²². Dadurch bereitete er sein gross-

¹⁴ Az egyházi nemesek jogállása a középkorban (*Die Rechtsstellung des kirchlichen Adels im Mittelalter*) in Regnum Bd. VI. (1944—46) S. 182—204.

¹⁵ A jobbágy birtoklása az örökös jobbágyság korában (*Die Besitzung der Leibeigenen zur Zeit der erblichen Leibeigenschaft*), Budapest 1947.

¹⁶ Tanulmányok a magyar parasztság történetéből (*Beiträge zur Geschichte der ungarischen Bauernschaft*), Budapest 1948. S. 65—158, 203—396.

¹⁷ Gyula Mérei, A magyar céhrendszer 1848 előtt (*Das ungarische Zunftsystem vor dem Jahre 1848*) in Századok Jg. 82. (1948) S. 60—100.

¹⁸ Emma Léderer, Az egyház szerepe az árpádkori Magyarországon (*Die Rolle der Kirche in Ungarn, zur Zeit der Herrschaft der Árpáden*) in Századok Jg. 83. (1949) S. 79—105.

¹⁹ A magyarországi építészeti igazgatás történetének vázlata [1788—1867] (*Grundriss der Geschichte der ungarischen Bauverwaltung [1788—1867]*) in Levéltári Közlemények Jg. 20—23. (1942—1945) S. 345—375.

²⁰ Herceg Eszterházy Pál nádor kancelláriájának működése [1681—1713] (*Funktionierung der Kanzlei des Palatins Fürst Pál Eszterházy [1681—1713]*) in Levéltári Közlemények Jg. 20—23. (1942—1945) S. 310—344.

²¹ A szabad királyi városok és a magyar kamara a XVII. században (*Die königlichen Freistädte und die ungarische Kammer im 17. Jahrhundert*) in Levéltári Közlemények Jg. 24. (1946) S. 209—267.

²² A Honvédelmi Bizottmány (*Das Landesverteidigungskomitee*) in Századok Jg. 82. (1948) S. 150—165.

angelegtes Werk vor, welches betreffs der Gründung, der Organisation und des Wirkungskreises des Komitees nicht einmal von der heutigen Rechtsgeschichtswissenschaft übertroffen worden ist.²³ Gleichzeitig schrieb Károly Vörös über die Durchführung des durch Artikel 5. des Gesetzes von 1848 geregelten, auf der Volksvertretung beruhenden Wahlrechts auf den Bergwerksgebieten.²⁴ Erzsébet G. Fazekas befasste sich mit dem vom Reichstag im Jahre 1849 angenommenen und im zeitgenössischen Europa als das fortschrittlichste geltende Nationalitätengesetz und sie verglich es mit dem einen bedeutenden Rückschritt darstellenden Nationalitätengesetz von 1868.²⁵ András Borossy und Zoltán Varga erzielten — als Ergebnis einer gründlichen Forschungsarbeit — die Lösung der historischen und rechtshistorischen Probleme des im Jahre 1849 wegen der Agression der österreichischen kaiserlichen Heeren von Pest nach Debrecen geflüchteten Reichstages²⁶, der Dethronisation der Dynastie Habsburg (1849)²⁷, und der darauf folgenden Staats- und Regierungsform²⁸. Als Einleitung zur quellenkritischen Ausgabe der Gesamtwerken von Lajos Kossuth erschienen 1948/49 die ersten drei Bände der „Országgyűlési Tudósítások“ (Berichte über den Reichstag), die eine sehr reiche, auch bis heute nicht erschöpfte Fundgrube des Quellenmaterials über die Tätigkeit des Reichstages von 1832 bis 1836 ist.²⁹

Im ersten Drittel des folgenden Jahrzehntes erschienen nur vereinzelte rechtsgeschichtliche Abhandlungen und noch immer hauptsächlich von Historikern. Damals wurden die Abhandlungen von Lajos Elekes, über die Organisation des Heeres in Ungarn im 15. Jahrhundert,³⁰ und von József Holub, über das Verhältnis der königlichen Gewalt und der Palatinatswürde³¹, weiterhin von Tibor Kardos, über die Verbindung des ungarischen Staates und des Römischen Heiligen Stuhles im 15. Jahrhundert, bzw. über die Erfolge des Königs Matthias Hunyadi bei der Herausbildung der ungarischen Staatskirche³², publiziert. Die gemeinsamen Probleme der Rechtsgeschichte

²³ Kossuth a Honvédelmi Bizottmány élén (Kossuth als Vorsitzender des Landesverteidigungskomitees) in Emlékkönyv Kossuth Lajos születésének 150. évfordulójára, Budapest 1952, Bd. I. S. 175—285.

²⁴ A választójog kérdése a bányavidékeken 1848-ban (Die Frage des Wahlrechts in den Bergbaugebieten im Jahre 1848) in Századok Jg. 82 (1948) S. 166—190.

²⁵ Az 1849-es és 1868-as nemzetiségi törvény összehasonlítása a történelem haladó erőinek szempontjából (Der Vergleich der Nationalitätengesetze von 1849 und 1868, vom Standpunkte der fortschrittlichen Kräfte der Geschichte) in Századok Jg. 82. (1948) S. 283—312.

²⁶ András Borossy, Az országgyűlés (Der Reichstag) in A szabadságharc fővárosa Debrecen 1849 január—május, Debrecen 1948, S. 329—384.

²⁷ Zoltán Varga, A trónfosztás (Die Dethronisation) in A szabadságharc fővárosa Debrecen 1849 január—május, Debrecen 1948, S. 385—473.

²⁸ Zoltán Varga, Az államforma és kormányforma kérdése a debreceni trónfosztás után (Die Frage der Staats- und Regierungsform nach der Dethronisation in Debrecen) in Századok Jg. 83. (1949) S. 168—188.

²⁹ Bis zum Abschluss des Aufsatzes erschien: Lajos Kossuth, Összes munkái (Sämtliche Werke) Bd. I—VI. XI—XV. Budapest 1948—1966.

³⁰ Hunyadi hadserege (Das Heer von Hunyadi) in Századok Jg. 84. (1950) S. 85—120.

³¹ Ordinaria potentia, absoluta potentia. Revue Historique de Droit Français et Étranger Jg. 28. (1950) S. 93—99.

³² A huszita mozgalmak és Hunyadi Mátyás szerepe a magyar nemzeti egyház kialakításában (Die Rolle der hussitischen Bewegungen und Mátyás Hunyadis bei der Herausbildung der ungarischen Nationalkirche) in Századok Jg. 84. (1950) S. 121—177.

und der Sozialgeschichte sind in den Sammelwerken behandelt, in denen manche neue Forschungsergebnisse bekanntgegeben sind. Hierher gehört die Sammlung, die unter anderen den Aufsatz von *Erik Fügedi*, über die Neusiedlungen und die Ansiedelung von „Dörfern deutschen Rechts“, die Abhandlung von *György Györffy*, über den Verfall der Sippen-gesellschaft der Sekler und der Kumanen, über die Umwandlung der Sippenorganisation in sog. Stuhlorganisationen, die Abhandlung von *Elemér Mályusz*, über die Entwicklung der Marktflecken und über die Ausbeutung durch den Kirchenzehnten, den Aufsatz von *György Székely*, über die Feldgemeinschaft, über die Freizügigkeit der Leibeigenen und über die gutherrlichen und staatlichen Lasten der Leibeigenen³³ enthält. In einem anderen Band wurden unter anderen die Forschungsergebnisse von *Emma Iványi*, über die Aktionen des Habsburg-Staates und des katholischen Klerus gegen die relative Religionsfreiheit des Bauerntums, von *János Varga*, über die Feldgemeinschaften im 18. Jahrhundert, bzw. über die Ausbeutung des Bauerntums durch Steuer in der ersten Hälfte desselben Jahrhunderts, von *Károly Vörös*, über das Urbarialpatent von 1767 veröffentlicht.^{33/a}

Durch die Festschrift aus dem Anlass des 100. Geburtstages von Lajos Kossuth wurde *Imre Révész* die Möglichkeit gegeben, seine Abhandlung über die Unabhängigkeitserklärung von 1849 zu veröffentlichen. In dieser Abhandlung hat er die primäre Wirkung der amerikanischen „Declaration“ auf die Ideologie, die Struktur und gewissermassen auch auf die literarische Form der aufgrund einer Verfassungsreform und der historischen Rechte verfassten ungarischen Unabhängigkeitserklärung nachgewiesen.³⁴ Ebenfalls in der Festschrift für Lajos Kossuth erschienen der Aufsatz von *István Sinkovits*, über die im Jahre 1848 erfolgte Trennung und unabhängige Organisation der ungarischen Finanzverwaltung³⁵ und der Aufsatz von *Zoltán I. Tóth*, in dem er sich mit der Rechtsgleichheit der Nationalitäten eingehend auseinandersetzt.³⁶ Auch *István Szabó* hat im Jubiläumsjahr dem Andenken von Kossuth gezollt und die rechtshistorische Literatur beträchtlich bereichert. Er erörterte manche Teilfragen des Kampfes um die Befreiung der Leibeigenen, und er löste eine Anzahl von Problemen über die Entstehung der Leibeigenenbefreiungsgesetze von 1848³⁷.

Vom Jahre 1953 ab erschienen immer mehr rechtsgeschichtliche Aufsätze von Berufsrechtshistorikern. Die Reihe wurde mit einigen kleineren Aufsätzen eröffnet. *György Bónis* machte die ersten Ergebnisse der Vorarbeiten zu seiner geplanten Monographie über die Struktur und Funktion des ungari-

³³ Tanulmányok a parasztság történetéhez Magyarországon a 14. században (Abhandlungen zur Geschichte der Bauernschaft in Ungarn, im 14. Jahrhundert), Budapest 1953.

^{33/a} Tanulmányok a parasztság történetéhez Magyarországon 1711—1790 (Abhandlungen zur Geschichte der Bauernschaft in Ungarn 1711—1790), Budapest 1952.

³⁴ Kossuth és a Függetlenségi Nyilatkozat (Kossuth und die Unabhängigkeitsdeklaration) in Emlékkönyv Kossuth Lajos születésének 150. évfordulójára, Budapest 1952, Bd. I. S. 409—453.

³⁵ Kossuth, az önálló pénzügyek megteremtője (Kossuth, der Schöpfer des selbständigen Finanzwesens) a. a. O. Bd. I. S. 87—173.

³⁶ Kossuth és a nemzetiségi kérdés 1848—49-ben (Kossuth und die Nationalitätenfrage in 1848—1849) a. a. O. Bd. II. S. 249—340.

³⁷ Kossuth és a jobbágyfelszabadítás (Kossuth und die Aufhebung der Leibeigenschaft) in Századok Jg. 86. (1952) S. 509—592.

schen Juristenstandes vom 14. bis zum 16. Jahrhundert bekannt. In diesem Aufsatz bearbeitete er die Laufbahn von István Petróczi Henczefi, der ein ungarischer Jurist der Zeit der Jagellonen war.³⁸ Andor Csizmadia schrieb über die Geheimsitzungen des Reichstages aufgrund der Volksvertretung von 1848—49.³⁹ Alajos Degré schilderte die Rolle eines unserer begabtesten und fortschrittlichsten Juristen, Pál Öz, in der ungarischen Jakobinerbewegung⁴⁰. László Révész befasste sich mit den Fragen der Soldatenstellungspflicht der Leibeigenen⁴¹, der Verfasser der vorliegenden Arbeit publizierte seine erste rechtshistorische Abhandlung, die die Kämpfe für die Pressefreiheit, am Ende des 18. Jahrhunderts, schilderte⁴². Es ist zu erwähnen, dass der Kriminalist, Tibor Király, eine wohlverfasste Übersicht der Entwicklung der Übertretungen im ungarischen Recht gab.⁴³ Der Finanzrechtler, Tibor Nagy, und der Arbeitsrechtler, Imre Tóth, erörterten die finanzrechtliche bzw. arbeitsrechtliche Rechtssetzung der Ungarischen Räterepublik.⁴⁴ Den kleineren Aufsätzen folgten bald drei grössere Werke. Ferenc Eckhart skizzierte aufgrund des im Landesarchiv aufbewahrten Familienarchivmaterials als die Geschichte des Strafgerichtswesens der ungarischen Dorf- und Domanialgerichte vom 16. bis zum 18. Jahrhundert⁴⁵. György Bónis schilderte den Lebensweg und das Lebenswerk, die rechtlichen und politischen Ansichten von József Hajnóczy, revolutionärer Rechtsgelehrte, einer der Führer der ungarischen Jakobinerbewegung⁴⁶. János Beér und Andor Csizmadia veröffentlichten einen Teil des Quellenmaterials des ersten Reichstages aufgrund der Volksvertretung von 1848—49, mit einer ausführlichen Einleitung⁴⁷.

Die Abhandlung des ehemaligen Präsidenten des Budapester Revolutionären Tribunals, Ferenc Rákos, betitelt „Staat und Verfassung in der Ungarischen Räterepublik“, ist trotz des kurzen Umfangs als ein wertvoller Beitrag anzusprechen.⁴⁸ Der Verfasser dieses Büchleins führte keine gründ-

³⁸ Egy Jagelló-kori magyar jogász (Ein ungarischer Jurist aus der Zeit der Jagellonen) in A Szegedi Tudományegyetem Allam- és Jogtudományi Karának Évkönyve, Budapest 1953, S. 5—24.

³⁹ Az 1848—49. évi népképviselői országgyűlés zárt ülései (Die Geheimsitzungen des Reichstages aufgrund der Volksvertretung in 1848—1849) in Tanulmányok az állam és a jog kérdései köréből, Budapest 1953, S. 248—264.

⁴⁰ Öz Pál szerepe a magyar jakobinus-mozgalomban (Die Rolle von Pál Öz in der ungarischen Jakobinerbewegung) in Allam- és Jogtudomány Jg. 1. (1953) S. 26—37.

⁴¹ Harc a katonaaállítás körül a jobbágytársadalomban a hűbérkor végén (Kampf um die Soldatenstellung in der Frongesellschaft am Ende des Feudalismus) in Tanulmányok az állam és a jog kérdései köréből, S. 285—307.

⁴² Ödön Both, Küzdelem a sajtószabadságért Magyarországon 1790—1795 (Kampf um die Pressefreiheit in Ungarn 1750—1795) in Jogi dolgozatok, Szeged 1953. S. 17—39.

⁴³ Kihágások a magyar jogban (Die Übertretungen im ungarischen Recht) in Tanulmányok az állam és a jog kérdései köréből, S. 86—128.

⁴⁴ Tibor Nagy, A Magyar Tanácsköztársaság pénzügyi joga (Finanzrecht der Ungarischen Räterepublik), Imre Tóth, A Magyar Tanácsköztársaság munkajogi jogalkotása (Die arbeitsrechtliche Rechtssetzung der Ungarischen Räterepublik) in Tanulmányok az állam és a jog kérdései köréből, S. 231—247, 213—230.

⁴⁵ A földesúri büntetőbíráskodás a XVI—XVII. században (Die Domanialstrafgerichtsbarkeit im 16. und 17. Jahrhundert), Budapest 1954.

⁴⁶ József Hajnóczy, Budapest 1954.

⁴⁷ Az 1848/49. évi népképviselői országgyűlés (Der Reichstag aufgrund der Volksvertretung in 1848/49.), Budapest 1954.

⁴⁸ Budapest 1953.

lichen archivarischen Forschungen durch, und er benutzte auch das bereits veröffentlichte Quellenmaterial nicht genügend. Er stützte sich vielmehr auf seine Erinnerung, und er gab, als erster, über die Staatsorganisation und das Rechtssystem der Ungarischen Räterepublik eine Übersicht. Der Wert des heute schon in manchen seinen Ergebnissen veralteten Werkes besteht aus lehrgeschichtlichem Standpunkt darin, dass es viele Rechtshistoriker zur eingehenden Forschung der rechtsgeschichtlichen Probleme der Ungarischen Räterepublik anspornte. Kurz danach erschien ein Sammelband,⁴⁹ in dem *Ferenc Pecze* — auf Grund von Quellenstudien — unter anderen über die Wahl und Einberufung der Landesversammlung der Räte, sowie über die Annahme der Verfassung der Ungarischen Räterepublik schrieb, *Tibor Nagy* setzte sich mit zahlreichen Einzelfragen des Staatshaushaltes und Budgetrechts der Räterepublik auseinander, und *András Szabó* machte das Material des Strafrechts und Strafprozessrechts der Räterepublik unter Berücksichtigung der Praxis der Revolutionären Tribunale bekannt.

Auch weitere Abhandlungen zeigen den verhältnismässigen Aufschwung der rechtsgeschichtlichen Forschungen in der zweiten Hälfte des genannten Jahrzehntes. Zu dieser Zeit wurde das ein reiches Quellenmaterial enthaltende, wertvolle Werk von *Alajos Degré*, über das ungarische feudale Vormundschaftsrecht druckfertig. Dieses Werk ist, von einem kleinen Teil abgesehen,⁵⁰ noch immer nicht veröffentlicht worden. Dies bildet aber eine Ausnahme, weil zahlreiche rechtsgeschichtliche Werke, wie die von *György Bónis*, *Ferenc Eckhart*, *József Holub*, *Pál Maday*, *László Révész* und die des Verfassers zur gleichen Zeit veröffentlicht wurden. *György Bónis* bearbeitete die Rechtsauffassung und die politischen Ansichten von Montesquieu, indem er auch die Wirkung des grossen französischen Denkers auf das politische und juristische Denken in Ungarn erörterte.⁵¹ *Ferenc Eckhart* setzte sich in einer wohlverfassten Abhandlung — hauptsächlich auf Grund seiner Forschungen in den Wiener staatlichen Archiven — mit dem Urbarium der Königin Maria Theresia, mit seiner Durchführung, mit der Leibeigenenpolitik des Kaisers Joseph II. und mit der Wirkung dieser Leibeigenenpolitik auseinander.⁵² *József Holub* schrieb für den 10. Kongress der Historiker in Rom einen Beitrag über die Fragen der politischen Repräsentation im mittelalterlichen Ungarn.⁵³ *Pál Maday* befasste sich mit dem Prozess der Jakobiner im Komitat Békés, und er veröffentlichte die diesbezüglichen Prozessdokumente.⁵⁴ *László Révész* publizierte zwei Abhandlungen, in der ersten beschrieb er den Kampf der Stadt Kecskemét gegen die angesiedelten

⁴⁹ Tanulmányok a Magyar Tanácsköztársaság államáról és jogáról (*Studien über den Staat und das Recht der ungarischen Räterepublik*), Budapest 1955.

⁵⁰ A jobbágyárvek kifosztása a feudális Magyarországon (*Die Plünderung der Leibeigenenwäsen im feudalen Ungarn*) in A Pécsi Tudományegyetem Állam- és Jogtudományi Karának Évkönyve, Budapest 1954. S. 5—14.

⁵¹ Montesquieu jogi és politikai nézetei (*Die rechtlichen und politischen Ansichten Montesquiens*) in A Magyar Tudományos Akadémia Társadalmi-Történeti Tudományok Osztályának Közleményei. Bd. VII. (1956) S. 209—247.

⁵² A bécsi udvar jobbágypolitikája 1761—1790-ig (*Die Leibeigenenpolitik des Wiener Hofes von 1761 bis 1790*) in Századok Jg. 90. (1956) S. 69—125.

⁵³ La représentation politique en Hongrie au moyen âge. 10. Congrès International des Sciences Hist. Rome 1955. S. 79—121.

⁵⁴ A Békés megyei jakobinusok pere (*Der Prozess der Jakobiner im Komitat Békés*) in Körös Népe Bd. I., Békéscsaba 1956, S. 127—151, 189—204.

Adeligen, die die Einheit des Bürgerrechtes verletzten,⁵⁵ und in der zweiten beschäftigte er sich mit der sozialen Schichtung der Leibeigenen im Komitat Békés, unter Berücksichtigung der Verhältnisse in den benachbarten Ländern und im Lande, weiterhin mit den Unterschieden betreffs der sozialen Stellung der frohndienstleistenden und der zensuszahlenden Bauern, mit der Produktionsmittelversorgung der Bauern, mit der Bodenbenutzungsrechten, mit dem Charakter und Mass der persönlichen Abhängigkeit der Bauern von den Domänen.⁵⁶ Der Verfasser der vorliegenden Arbeit schrieb über die Entstehung der Idee der Pressefreiheit, über den Kampf um ihre Durchführung, über die Entstehung des Pressegesetzes von 1848, indem er Archiv-, Presse-, und literarische Materialien benutzte.⁵⁷

Was die wissenschaftliche Tätigkeit der ungarischen Historiker dieses Zeitalters betrifft, würde auch ihre einfache Aufzählung den Umfang unserer Arbeit allzu sehr erweitern, weil die Zahl der wertvollen Werke in einem so grossen Masse zugenommen hat. Ohne eine Vollständigkeit zu bestreben, möchten wir nur einige unter ihnen erwähnen. Für jede Forscher, der sich für irgendeines Problem des frühen Mittelalters interessiert, (so auch für den Rechtshistoriker), liefert das Werk von János Horváth äusserst nützliche Hilfsmittel. Unter dem Titel „Stilprobleme der lateinischen Literatur der Arpadenzeit“ untersuchte er den Stil der Urkunden und der Gesetze unserer ersten Könige mit der grössten Sachkenntnis.⁵⁸ István Szabó befasste sich mit Art. 6., 16. und 18. des Gesetzes von 1351. Er argumentierte auf Grund seiner Forschungen am Quellenmaterial neben der Auffassung, dass Art. 6. des genannten Gesetzes die obligatorische Betreibung des Neuntels im Interesse des Mitteladels vorschrieb, und Art. 16. nicht nur die gewaltsame Wegnahme der Leibeigenen unterband, sondern auch ihr Recht auf die Freizügigkeit anerkannte, Art. 18. dagegen bezieht sich nicht auf die Freizügigkeit, sondern auf die Domanialgerichtbarkeit.⁵⁹ József Gerics bewies durch Urkunde, dass die Wurzeln der Tätigkeit der glaubwürdigen Orte der Königlichen Kapelle, d. h. des kirchlichen Hofes des Königs, nicht in die Zeit des Anjou-Hauses, sondern in die Spät-Arpadenzeit zurückgehen.⁶⁰ Miklós Komjáthy hat auf Grund von Dokumenten bewiesen, dass der Wirkungskreis von János Hunyadi, als Gouverneur, keinen königlichen Charakter hatte und seine Kanzlei keine Fortsetzung der Königlichen Kanzlei darstellte, sondern

⁵⁵ Kecskemét harca a beköltözött nemesekkel a 18—19. században (*Der Kampf der Stadt Kecskemét gegen die angesiedelten Adeligen im 18. und 19. Jahrhundert*), Kecskemét 1956.

⁵⁶ A Békés megyei jobbágyság rétegződése a 18—19. században (*Die soziale Schichtung der Leibeigenen im Komitat Békés im 18. und 19. Jahrhundert*) in Kőrös Népe Bd. I., Békéscsaba 1956. S. 31—85.

⁵⁷ Ödön Both, Az 1848. évi sajtótörvény létrejötte — A sajtószabadság problémája Magyarországon a reformkorban (*Das Zustandekommen des Pressegesetzes von 1848. — Das Problem der Pressefreiheit im Reformzeitalter*), Szeged 1956.

⁵⁸ Budapest 1954, S. 70—109.

⁵⁹ Az 1351. évi jobbágytörvények (*Die Leibeigenengesetze vom Jahre 1351*) in Századok Jg. 88. (1954) S. 497—527.

⁶⁰ A királyi kápolna tagjai által folytatott hiteleshelyi tevékenység történetéhez (Fr. Auszug: *Contribution au problème de l'activité de „Lieux Accrédités”, poursuivie par les membres de la Chapelle Royale*) in Levéltári Közlemények Jg. 27. (1956) S. 31—34.

als ein davon scharf getrenntes Organ erschien.⁶¹ *Lajos Fekete* veröffentlichte eine musterhafte, in deutscher Sprache verfasste Quellenausgabe über die Finanzverwaltung des von den Türken eroberten Gebiets in Ungarn und über die türkische Heeresorganisation.⁶² *István Nagy* bietet in seinem Werk über die Geschichte der Steuer wertvolle Daten betreffs der Steuerleistung der Städte und der Finanzverwaltung in der zwanzigjährigen Periode nach der Vertreibung der Türken.⁶³ *Zsolt Trócsányi* bearbeitete einerseits die Geschichte der Regierungstätigkeit in Siebenbürgen während des Freiheitskampfes des Fürsten Ferenc Rákóczi II., indem er überzeugend nachwies, Rákóczi konnte seine zentralisierende Politik nur bei der Schatzverwaltung durchsetzen, in den übrigen Regierungsbereichen kamen dagegen die Tendenzen einer adeligen Republik zur Geltung;⁶⁴ andererseits veröffentlichte er einen umfangreichen Band über die Geschichte des Bauerntums in Siebenbürgen zwischen 1790 und 1849. Von dieser Arbeit kann aber nur der erste Teil, der eben das Gemeindeeigentum der Leibeigenen, ihre Gemeinderechte, ihre gutsherrlichen Lasten, die Enteignung ihres Grundes und Bodens, ihre staatlichen Lasten, den Verfall der Feldgemeinschaft, die Leibeigenenpolitik des Wiener Hofes und des Besitzeradels behandelt, und die Entwicklung bis 1848 schildert, als wirklich gelungen angesehen werden.⁶⁵ *Imre Szántó* berichtete über den Urbarial- und Befreiungsprozess der Bischofsstadt Eger im 18. Jahrhundert.⁶⁶ *István Rácz* befasste sich mit den Problemen der zu ihrer Zeit beinahe zum geflügelten Wort gewordenen, berühmten „Szatmarer 12 Punkten“, vom Jahre 1841, und er bewies, dass die in diesen Punkten zusammengefassten Forderungen, wie zum Beispiel die Aufhebung der Avitizität, der Monopolen, der Zensur, die Liquidierung der feudalen Gerichtsorganisation, die Volksvertretung, die Besitz- und Amtsfähigkeit der Leibeigenen, die Erblösung (Grundablösung), die Besteuerung des Adels, — in ihrer Gesamtheit — sowohl hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen wie auch rechtlichen Aspekte, die Schaffung eines bürgerlichen Gesellschafts- und Staatssystem forderten.⁶⁷

Unsere Historiker trugen nicht nur zur Lösung der rechtsgeschichtlichen Probleme der feudalen Epoche, sondern auch zur Aufklärung der bürgerlichen bzw. jüngstvergangenen Zeit bedeutend bei. *Imre Révész* griff noch einmal auf sein Lieblingsthema zurück und erörterte die wechselvolle

⁶¹ Hunyadi kormányzói kancelláriájáról (Fr. Auszug: *La chancellerie de la régence de János Hunyadi*) in *Levéltári Közlemények* Jg. 27. (1956) S. 35—47.

⁶² *Die Siyaquat-Schrift in der türkischen Finanzverwaltung*. Budapest 1955. Bd. I—II.

⁶³ Buda adóterhei a töröktől való visszafoglalástól a Rákóczi szabadságharcig (Die Steuerlasten von Buda in der Zeit von der Türkenbefreiung bis zum Freiheitskrieg Rákóczis) in *Tanulmányok Budapest múltjából*, Bd. XI., Budapest 1956, S. 33—76.

⁶⁴ Erdélyi kormányzata II. Rákóczi Ferenc korában (Die Regierung Siebenbürgens zur Zeit Ferenc Rákóczi II.) in *Levéltári Közlemények* Jg. 26.

⁶⁵ Az erdélyi parasztság története 1790—1849 (Die Geschichte der Bauernschaft Siebenbürgens von 1790 bis 1849) Budapest 1956.

⁶⁶ Eger püspöki város úrbéri és felszabadulási pere a 18. században (Fron- und Befreiungsprozess der Bischofsstadt Eger im 18. Jahrhundert), Eger 1954.

⁶⁷ Az 1841. évi szatmári 12 pont (Die zwölf Punkte von Szatmár von 1841) in *Acta Universitatis Debreceniensis*, Tom. II., Budapest 1955, S. 101—123.

Geschichte der Unabhängigkeitserklärung.⁶⁸ *István Barta* klärte mit grosser Sorgfalt und auf Grund von gründlichen Quellenforschungen die Bauernpolitik der Regierung im Jahre 1849 auf, die aber auf dem Gebiet der Weiterentwicklung der Leibeigenenpolitik von 1848 nur Teilerfolge erzielen konnte.⁶⁹ *András Szászi* gab in seiner Abhandlung über die Amtsgeschichte eine gute Übersicht, wie sich die Organisation und Geschäftsführung des Justizministeriums vom Ausgleich im Jahre 1867 bis zum Ende des ersten Weltkriegs weiterentwickelte.⁷⁰ *Elek Karsai* veröffentlichte eine durch zahlreiche archivarische Daten dokumentierte Abhandlung über den Wirkungskreis und Tätigkeit der Regierungskommissare, die in den ersten Monaten nach der Niederschlagung der Ungarischen Räterepublik die ganze Verwaltung beeinflussten. Seine Schlußfolgerung lautet, dass die Regierungskommissare in der Herausbildung des gegenrevolutionären Systems, durch falschen Anstrich der bürgerlichen Demokratie verdeckt, eine bedeutende Rolle gespielt haben.⁷¹ *Éva Gál* und *Tibor Balázs* lenkten die Aufmerksamkeit bereits auf die Probleme der Periode nach der Befreiung. Der vorher erwähnte Verfasser schrieb über die Schaffung der Republik im Jahre 1946 und sie hob die Bedeutung des Kampfes der ungarischen Kommunisten um die Ausrufung der Republik hervor.⁷² Der zweitgenannte Verfasser schrieb über die Gründung der Nationalkomitees im Komitat Pest, über ihre Organisation, Kompetenz, ihren Wirkungskreis, ihre Tätigkeit und Geschäftsführung.⁷³

Zum zehnten Jahrestag der Befreiung Ungarns erschien ein auf beinahe 700 Seiten beläufiger Band, in dem unter anderen die Abhandlung von *Imre Révész*, über die Herausbildung der Provisorischen Nationalversammlung und der Provisorischen Nationalregierung am 21—22. Dezember 1944; ein Aufsatz von *Béla Balázs*, über die Rolle der Nationalkomitees bei der Herausbildung der ungarischen Volksdemokratie; das Werk von *Magda Somlyai*, über einige Fragen der Agrarreform von 1945; die Abhandlung von *Imre Szabó*, über die Entwicklung der ungarischen volksdemokratischen Staatsmacht, erschienen. Alle diese Abhandlungen untersuchten ihr Thema auf Grund von sorgfältigen Quellenstudien, und so lieferten sie einen aufschlussreichen Ausgangspunkt für die weitere Forschungsarbeit.^{73/a}

⁶⁸ A Függetlenségi Nyilatkozat vizontagságai (*Das wechselvolle Schicksal der Unabhängigkeitserklärung*) in A Magyar Tudományos Akadémia Társadalmi-Történelmi Osztályának Közleményei, Bd. VI. (1955) S. 83—111.

⁶⁹ A kormány parasztpolitikája 1849-ben (*Die Bauernpolitik der Regierung im Jahre 1849*) in Századok Jg. 89. (1955), 90. (1956) S. 849—881, 4—68.

⁷⁰ Adatok az Igazságügyminisztérium ügyintézésének történetéhez 1867—1918 (*Beiträge zur Geschichte der Geschäftsführung des Justizministeriums von 1867 bis 1918*) in Levéltári Közlemények Jg. 26. (1955) S. 188—205.

⁷¹ Kormánybiztosok hatásköre és tevékenysége az ellenforradalmi rendszer első hónapjaiban (*Der Wirkungskreis und die Tätigkeit der Regierungskommissäre während den ersten Monaten des gegenrevolutionären Systems*) in Levéltári Közlemények Jg. 26. (1955) S. 206—234.

⁷² Éva Gál, A köztársaság megteremtése Magyarországon (1946) (*Die Bildung der Republik in Ungarn*) in Századok Jg. 90. (1956) S. 170—203.

⁷³ Tibor Balázs, A Pest vármegyei Nemzeti Bizottságok történetéhez (*Zur Geschichte der Nationalkomitees des Komitates Pest*) in Levéltári Közlemények 26. Jg. (1955) S. 235—271.

^{73/a} Tanulmányok a magyar népi demokrácia történetéből (*Abhandlungen zur Geschichte der ungarischen Volksdemokratie*), Budapest 1955.

*Die ungarische Staats- und Rechtsgeschichtsschreibung
von 1957 bis 1968*

Die Gegenrevolution von 1956 unterbrach auch die Entwicklung unserer Rechtsgeschichtsschreibung, aber die darauf folgende Konsolidationsperiode hat schnell die Bedingungen für den Aufschwung der wissenschaftlichen Forschungen geschaffen. Als Ergebnis der verständnisvollen Unterstützung unserer Regierung, sowie der immer grösseren Achtung des Rechtes, der Gesetzlichkeit und damit auch der Rechtsgelehrten — von einer kurzen Übergangsperiode abgesehen — erreichte die Zahl der Forscher beinahe das Doppelte, und die Möglichkeit zur Publikation von wissenschaftlichen Werken verbesserte sich im grossen Masse. Die günstige politische und gesellschaftliche Atmosphäre ermöglichte die kontinuierliche Erscheinung von rechtsgeschichtlichen Werken, die bereits einen organischen Teil der Rechtswissenschaft unserer Tage bilden. Die sprunghafte Zunahme der Zahl der Publikationen und der Umstand, dass der Umfang unserer Abhandlung innerhalb gewisser Grenzen gehalten werden muss, zwingen uns zu einer erhöhten Auswahl. Eben deshalb können wir uns mit mehreren, von Berufsrechtshistorikern geschriebenen Werken nicht befassen, und wir sind auch in den Weiteren gezwungen, von der Aufführung der Werke auf dem Gebiet der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte abzusehen, obwohl wir unter diesen ausgezeichnete Werke finden, wie zum Beispiel das Lehrbuch der allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte, von Márton Sarló, ⁷⁴ oder die grosse Monographie von Pál Horváth, über die Rechtsentwicklung der Völker Ost-Europas und Mittel-Europas im Feudalismus. ⁷⁵ Vorgehend möchten wir nur soviel bemerken, dass uns die Aufführung der Werke ihrem Erscheinungsdatum nach im Zeitraum bis 1956 als die richtige Methode der Systematisierung erschien, weil auf diese Weise eine — wenn auch skizzenhafte — Darstellung des Überganges von der bürgerlichen Rechtsgeschichtsschreibung in die marxistische Rechtsgeschichtsschreibung ermöglicht war. Aber bei der Beschreibung der wissenschaftlichen Produkte nach 1956 ist diese Methode nicht mehr anzuwenden, hier scheint die Systematisierung nach dem behandelten Zeitalter anwendbar zu sein, weil nur dadurch ein klares Bild über den heutigen Stand der Rechtsgeschichtsschreibung zu gewinnen sei.

Was die allgemeine Lage auf dem Gebiet der *mittelalterlichen früh- und hochfeudalen ungarischen staats- und rechtsgeschichtlichen Forschungen* betrifft, müssen wir vor allem darauf hinweisen, dass die Mehrheit der Werke, die die Geschichte des Mittelalters behandeln, von Historikern geschrieben wurden, unter denen eine erfreulich grosse Anzahl von Forschern erscheinen, die für die Verfassungsgeschichte aufgeschlossen sind. Die Ursache dieses Umstandes liegt einigermaßen darin, dass die Berufsrechtshistoriker ihre Kräfte auf die von der bürgerlichen Rechtswissenschaft vernachlässigten Gebiete der Probleme des neueren Zeitalters konzentrieren

⁷⁴ Egyetemes állam- és jogtörténet (*Allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte*) Budapest 1957.

⁷⁵ A kelet- és közép-európai népek jogfejlődésének főbb irányai (*Hauptrichtungen in der Rechtsentwicklung der ost- und mitteleuropäischen Völker*), Budapest 1968.

mussten. Es ist noch zu erwähnen, dass das Interesse der Mehrheit der Forscher des Mittelalters eher auf das Spätmittelalter als auf das Frühmittelalter gerichtet war. Es gab aber einige Forscher, die bei ihrer Themenauswahl den ungarischen Staat im Früh-Feudalismus nicht vor Augen verloren. *György Györffy* machte einen Versuch — mit der Anwendung eines sorgfältig gesammelten linguistischen, archeologischen, ethnographischen und urkundlichen Quellenmaterials, sowie durch die kritische Anwendung der bisherigen Forschungsergebnisse — den Vorgang der ungarischen Staatsgründung darzustellen. Einige seiner Feststellungen, wie zum Beispiel: das königliche Komitatssystem sei nicht auf die in Pannonien entstandenen slawischen Staaten, sondern auf eine Umgestaltung der Sippenorganisation durch die königliche Gewalt zurückzuführen, konnte keine Anerkennung finden. Auf Grund unserer heutigen Kenntnissen ist aber sein Forschungsergebnis kaum widerzulegen, dass die Arpaden den feudalen Staat mit der Hilfe ihrer aus den verschiedenen ungarischen Stämmen und aus den sich ihnen angeschlossenen verschiedenen Volkselementen gesammelten militärischen Gefolgschaft schaffen konnten, und es wirklich die Territorien der Sippen waren, die sich im Laufe der Staatsgründung in der Mehrheit in politisch organisierte Komitate umgewandelt haben.⁷⁶ *Emma Léderer*, unsere ausgezeichnete Sozialhistorikerin, konnte die wissenschaftlichen Ergebnisse von *György Györffy* noch nicht in Betracht ziehen. Bei der Darstellung der Herausbildung des feudalen Grundeigentums, des privaten, königlichen und kirchlichen Grundbesitzes, nahm sie zur Frage der Komitate den Standpunkt ein, dass diese als Wiederbelebung der slawischen Komitatsorganisation entstanden waren. Die Verfasserin konnte übrigens ihren Standpunkt mit überzeugender Kraft vertreten, dass nämlich der königliche Besitz aus zwei Arten von Organisationen bestand, aus der Organisation der Meierhöfe (*curtis*) und aus der militärischen Burgorganisation, und die einheitliche, feste Komitatsorganisation erst an der Wende vom 11. zum 12. Jahrhundert herausgebildet wurde.⁷⁷

Unsere Kenntnisse über die Verfassungsgeschichte der frühen Arpaden-Zeit wurden durch einige Daten von *György Bónis* erweitert, der in einer seiner Veröffentlichungen darüber schrieb, wie Székesfehérvár, als Eigenkirche der königlichen Dynastie, durch die vom König Stefan I. gegründete Basilika zum Aufbewahrungsort der Krone, zur Krönungsstadt und von der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts ab zur königlichen Begräbnisstätte, zu einem Königssitz und zum Ausgangspunkt der ungarischen Verfassungsentwicklung wurde.⁷⁸ Es ist die aufschlussreiche Arbeit von *Bernát Kumorovicz* zu erwähnen, die durch die Bearbeitung der Entwicklungsgeschichte der mit nicht-königlichen Siegeln versehenen Urkunden auch die Frage beantwortete, wie sich die örtliche Schriftlichkeit bis zum Ende des 12. Jahrhunderts als eine Vorbedingung zur Herausbildung von glaubwürdigen Orten (*loci credibilia*) der Schriftlichkeit des königlichen Hofes nicht unterordnet, sondern

⁷⁶ *Tanulmányok a magyar állam eredetéről (Abhandlungen über die Entstehung des ungarischen Staates)*, Budapest 1959.

⁷⁷ *A feudalizmus kialakulása Magyarországon (Die Entfaltung des Feudalismus in Ungarn)*, Budapest 1959.

⁷⁸ *Székesfehérvár, az Árpád-ház székhelye (Stuhlweissenburg, die Residenz der Arpaden) in Székesfehérvár évszázadai*, Székesfehérvár 1967, S. 49—61.

ihr beiorndnet, entwickelt hat.⁷⁹ Wir können die Abhandlung von *László Mezey* wegen seiner wertvollen Forschungsergebnisse bezüglich der glaubwürdigen Orte auch nicht ausser Acht lassen. Der Verfasser erkannte und bewies, hauptsächlich auf Grund von Quellen aus der Arpaden-Zeit, dass die glaubwürdigen Orte, diese für ihre mit authentischen Körperschafts—Siegeln versehenen Dokumente eine kollektive Verantwortung übernehmenden kirchlichen Körperschaften (Domkapitel, Kollegiatkapitel und grössere Konvente) im Rahmen der kirchlichen Schriftlichkeit blieben, ihre Tätigkeit aber — von einigen sehr frühen Fällen abgesehen — mit der Hilfe der zur weltlichen Intelligenz gehörenden Notare in dem durch die königliche Gewalt, das Landesinteresse und die administrative Entwicklung bestimmten Rahmen durchgeführt worden war.⁸⁰

Zur Erläuterung der staats- und rechtsgeschichtlichen Probleme der 14. und 15. Jahrhunderte widmeten unsere Forscher eine grössere Zahl von Abhandlungen als zur Lösung der Probleme der Arpaden-Zeit. Wir möchten uns zunächst auf drei, sich in vielen Hinsichten ergänzende Werke berufen. *József Gerics* erörterte einige Einzelheiten betreffs der im ungarischen königlichen Hof der Anjou-Zeit vor sich gehenden Gerichtsbarkeit und zentralen Verwaltungstätigkeit und der machte dabei seine Erkenntnis glaubhaft: die in den siebziger Jahren des 14. Jahrhunderts vorgenommene Reformserie, deren wichtigste Moment, die Erweiterung der Rolle des königlichen Rates und des Erzkanzlers, die Trennung der „specialis praesentia regia“ von der persönlichen Urteilsfällung des Königs und ihre Umwandlung in ein ordentliches Gericht, sowie die Aufstellung des Landesobergerichtes der Städte, die Grundlagen zur Staatsentwicklung im 15. Jahrhundert schaffen konnten.⁸¹ *György Bónis* untersuchte auf Grund eines grossangelegten Quellenmaterials die Geschäftsführung der Kanzleien der Gerichte im königlichen Hof im 14. und 15. Jahrhundert, und er kam zur Folgerung, dass die Amtsmässigkeit sowohl auf organisatorischem Gebiet wie auch im Bereich der Geschäftsführung allmählich an Boden gewann.⁸² *Iván Bertényi* sammelte Daten über die Tätigkeit der palatinalen und landesrichterlichen sog. Richtermeister im 14. Jahrhundert, auf Grund dessen er richtigerweise feststellen konnte, dass der als richterliche Hilfsperson, als „Obernotar“ auftretende Protonotarius während dieses Jahrhunderts zu dem in der Gerichtsbarkeit kaum zu entbehrenden, sog. „Richtermeister“ wurde.⁸³ Wir möchten an dieser Stelle erwähnen, dass *György Bónis* den Formelbüchern, die in der

⁷⁹ A középkori magyar „magánjogi“ írásbeliség első korszaka (XI—XII. század) (Die erste Epoche der ungarischen „privatrechtlichen“ Schriftlichkeit im Mittelalter) in *Századok* Jg. 97. (1963) S. 1—31.

⁸⁰ A pécsi egyetemalapítás előzményei (a deákság és hiteleshely kezdeteihez) (Deutschsprachige Zusammenfassung: Die Pécs-Universität und das Problem der gebildeten Schicht im mittelalterlichen Ungarn) in *Jubileumi tanulmányok* Bd. I., Pécs 1967. S. 53—86.

⁸¹ *Beiträge zur Geschichte der Gerichtsbarkeit im ungarischen königlichen Hof und der Zentralverwaltung im 14. Jahrhundert*, Budapest 1965, Separatum: *Annales Universitatis Sc. Budapestensis. Sec. Hist. Tom. VII.*

⁸² A kúriai íródak munkája a XIV. és XV. században (Fr. Auszug: *L'activité des chancelleries de la Cour suprême aux XIV^e—XV^e siècles*) in *Levél-tári Közlemények* Jg. 34. (1963) S. 197—246.

⁸³ A nádori és az országbírói ítélőmester bírósági működése a XIV. században (Fr. Auszug: *La juridiction des baillis du Palatin et du Grand-Justicier au XIV^e siècle*) in *Levél-tári Közlemények* Jg. 35. (1964) S. 187—205.

Herausbildung des ungarischen Rechtes und der ungarischen Rechtswissenschaft eine wichtige Rolle spielten, unter denen die erste, die *Ars Notaria* von János Uzsai spätestens 1351 vollendet wurde, mehrere ausgezeichnete Abhandlungen widmete.⁸⁴ *Bernát Kumorovicz* hat mit der Veröffentlichung neuerer Daten zur Erweiterung unserer Kenntnisse über die Regierungstätigkeit und Funktion als glaubwürdige Orte der königlichen Kapelle (*capella regia*) und ihres Leiters, des Kapellengespanns (*comes capellae regiae*) beigetragen.⁸⁵

Elemér Mályusz befasste sich in der letzten Zeit auf Grund von archivari-schen Forschungen am gründlichsten mit der Entwicklung der ungarischen Verfassung in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts. In seinem Werk über die Zentralisierungsbestrebungen des Königs Sigismund⁸⁶ lenkte er die Aufmerksamkeit auf die Veränderungen in einigen Organen der zentralen Regierung, wie zum Beispiel das Erscheinen der Räte und der Sekretäre im Hof des Königs, oder auf die Erneuerung der Geheimkanzlei, und damit hat er in einem bedeutenden Mass zur Aufklärung der Voraussetzungen der Zentralisierung während der Regierungszeit des Königs Matthias Hunyadi beigetragen. In einer anderen umfangreichen Abhandlung von ihm wurde der Ständestaat der Zeit János Hunyadis erörtert.⁸⁷ Dieses ausgezeichnete Werk stellt das Vordringen des Mitteladels sowohl auf Landes- wie auch auf örtlicher Ebene dar, und weist auf den Vorgang hin, wie einerseits die früheren Komitatsbehörden gegenüber der Universalität des Adels in den Hintergrund gedrängt wurden, andererseits die Reichstage, in denen nun auch die Abgeordneten der Bürgerschaft erschienen, immer öfter einberufen wurden und auch ihr Wirkungskreis beträchtlich erweitert war.

Auch die „Bulle“ von Konstanz, die in der Geschichte des Verhältnisses des ungarischen Staates und der Kirche eine epochenmachende Rolle spielte, wurde von einem berufenen Forscher, *Elemér Mályusz* untersucht. Er veröffentlichte mit der von ihm gewohnten Präzision in einem schönen Aufsatz die 1447 in Buda geschriebene, im Archiv von Eperjes gefundene Kopie der Bulle. Die Authentizität wurde vom Verfasser mit der Anwendung des ganzen Arsenal der Quellenkritik bewiesen, und auch die Entstehung der Bulle ausführlich dargestellt. Der verdiente Historiker schilderte auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, mit besonderer Hinsicht auf die Entwicklung der Mittelschicht des kirchlichen Standes, die notwendigerweise dazu führte, dass sich die Körperschaft der Kardinäle am 19. September 1417 mit

⁸⁴ A somogyvári formuláskönyv (*Das Formelbuch von Somogyvár*) in Emlék-könyv Kelemen Lajos születésének nyolcvanadik évfordulójára, Kolozsvár 1957. S. 117—133; Uzsai János *Ars Notariája* (*Die Ars Notaria von Johann Uzsai*) in Filológiai Közlöny Jg. 1961. S. 229—260; Az *Ars Notaria* mint retorikai és jogi tankönyv (*Die Ars Notaria als rhetorisches und juristisches Lehrbuch*) in Filológiai Közlöny Jg. 1963. S. 373—388; Magyi János formuláskönyve és a gyakorlati jogtanítás (*Das Formelbuch des Johann Magyi und der praktische Rechtsunterricht*) in Jubileumi Tanulmányok Bd. I. Pécs 1967. S. 225—260.

⁸⁵ A budai várkapolna és a Szent Zsigmond-Prépostság történetéhez (*Zur Geschichte der königlichen Burkapelle und des St. Sigismund-Kollegiatstiftes zu Buda*) in Tanulmányok Budapest múltjából Bd. XV., Budapest 1963. S. 109—151.

⁸⁶ Zsigmond király központosítási törekvései Magyarországon (*Die Zentralisierungsbestrebungen des Königs Sigismund in Ungarn*) in Történelmi Szemle Jg. 3. (1960) S. 162—192.

⁸⁷ A magyar rendi állam Hunyadi korában (*Der ungarische Ständestaat im Zeitalter des Hunyadi*), Budapest 1958.

dem König Sigismund einigte und das Oberpatronatsrecht des ungarischen Königs anerkannt wurde. Er hat auch nicht versäumt, die Auswirkungen der Bestimmungen der Bulle von Konstanz und die Weiterentwicklung des Oberpatronatsrechts des Königs bis zur Wende des 15. zum 16. Jahrhundert zu behandeln.⁸⁸ Das Buch von Elemér Mályusz fand seitens der Fachwissenschaftler eine einheitliche Anerkennung. Es scheint uns genügend zu sein, wenn wir uns hier bloss auf den berühmten Spezialisten der rechtsgeschichtlichen Probleme des ungarischen Staates und der Kirche, Professor Andor Csizmadia berufen, der in seiner sorgfältig ausgearbeiteten Abhandlung das Werk von Elemér Mályusz würdigte, aber auch ergänzte, indem er die rechtlichen Aspekte der Bulle von Konstanz bewertete. Seine Schlussfolgerung lautet, dass die Bulle in die Richtung des Fortschrittes hinweist, weil ihre Bestimmungen die endgültige Aufhebung der jahrhundertelangen Versuche des Papsttums, das ungarische Königreich in Lehnverhältnis zu zwingen, bedeuteten.⁸⁹

Auch über das ungarische Finanzwesen bzw. Finanzverwaltung am Ende des Mittelalters erschienen einige Abhandlungen. András Kubinyi bewies in seiner auf Grund von gründlichen archivarischen Forschungen geschriebenen Abhandlung über die Urkundenausgabebetätigkeit des ungarischen Schatzmeisters, dass der königliche Schatzmeister um die Wende des 15. Jahrhunderts einerseits Finanzreferent des königlichen Rates war, andererseits mit der Hilfe seiner Kanzlei — auf dem Weg zur Herausbildung der neuzeitlichen Amtsorganisation — sowohl die Aufgabe der Leitung der Finanzangelegenheiten als auch der Administration der königlichen Kasse und der Kontrolle der unterordneten Organe verrichtete.⁹⁰ In einem anderen Aufsatz gab er einen Überblick über die Entwicklungsgeschichte des Hofrichteramtes der Burg von Buda (*provisor curiae castri regii Budensis*) in den Jahren zwischen 1458 und 1541, und er bewies, dass es auch in Ungarn Versuche vorgenommen wurden, um die Landeseinkommen vom Privateinkommen des Königs zu trennen. Ein beachtenswertes Ergebnis seiner Untersuchungen ist, dass der Wirkungskreis des Hofrichters (die Verwaltung der königlichen Privatschatzkammer, die Grundstückverwaltung und die Bracchialfunktion) zu dem des Prokurators von Krakau am nächsten stand.⁹¹ György Bónis hat in seinem Werk über das Ständefinanzwesen ausserordentlich subtile Beobachtungen gemacht: wie die Stände am Anfang des 16. Jahrhunderts durch die Wahl von Ständeschatzmeister (*thesaurarii regni*) auf das Finanzwesen des Landes ihren Einfluss ausüben konnten.⁹²

Die ungarischen Forscher haben auch die Untersuchung der rechtsgeschichtlichen Probleme der örtlichen Organe nicht unterlassen. István Szabó

⁸⁸ A konstanzi zsinat és a magyar főkegyúri jog (Das Konzil von Konstanz, und das ungarische Oberpatronatsrecht), Budapest 1958.

⁸⁹ Die Auswirkungen der „Bulle“ von Konstanz auf die Entwicklung des Oberpatronatsrechts in Acta Juridica Acad. Sc. Hung. Tom. II. Fasc. 1—2. S. 53—82.

⁹⁰ A királyi kincstartók oklevéladó működése Mátyástól Mohácsig (Fr. Auszug: L'activité des trésoriers royaux hongrois touchant l'émission de chartes depuis le règne de Mathias Corvinus jusqu'à la bataille de Mohács) in Levéltári Közlemények Jg. 28. (1958) S. 37—62.

⁹¹ A budai vár udvarbírói hivatala (1458—1541) (Fr. Auszug: L'intendance du château de Buda [1458—1541]) in Levéltári Közlemények Jg. 35. (1964) S. 67—98.

⁹² Ständisches Finanzwesen in Ungarn im Frühen 16. Jahrhundert in Nouvelles Études Historiques, Budapest 1965. S. 83—103.

beleuchtete den Entstehungsprozess des ungarischen Dorfsystems.⁹³ Vera Bácskai schrieb über die soziale, wirtschaftliche und rechtliche Lage der im Vergleich zu den Leibeigenendörfern (*villae, possessiones*) mit grösserer, zu den Städten (*civitates*) dagegen mit kleinerer Freiheit ausgestatteten, unter gutsherrlichen Herrschaft stehenden, ihre Steuern nicht nach Leibeigenenfamilien, sondern in einer Summe leistenden, mit Selbstverwaltungsrecht belebten ungarischen Marktflecken (*oppida*).⁹⁴ Erik Fügedi bearbeitete die mittelalterlichen Stadtprivilegien von dem Standpunkt, was für wirtschaftliche, rechtliche und kirchliche Vorrechte (Freiheiten) von ihnen gesichert waren.⁹⁵ András Kubinyi ergriff die Gelegenheit, in seinem Aufsatz über die Herausbildung des Siegelrechtes der Stadt Buda auch die Anfänge der Städteorganisation Budas klarzustellen.⁹⁶ Károly Mollay entschloss sich zur Förderung zukünftiger stadtgeschichtlichen Forschungen, indem er die kritische Ausgabe einer in deutscher Sprache geschriebenen Rechtssammlung aus dem 15. Jahrhundert, des „Ofner Stadtrechtes“ erscheinen liess.⁹⁷

Die Reihe der mittelalterlichen Themata behandelnden rechtsgeschichtlichen Werke wird mit der Aufzählung einiger, von einander in vielen Hinsichten abweichenden Abhandlungen abgeschlossen. György Bónis publizierte eine Abhandlung über die Entwicklung der kirchlichen Gerichtsbarkeit in Ungarn vor 1526,⁹⁸ eine andere über die Einflüsse des römischen Rechts in Ungarn,⁹⁹ weiterhin über den Zusammenhang der Summa Legum mit dem Tripartitum,¹⁰⁰ über die „Capella regia und die Pécs-Universitätsgründung“.¹⁰¹ Andor Csizmadia veröffentlichte seine Forschungsergebnisse über die Tätigkeit von Galvano di Bologna in Pécs und über einige Fragen des mittelalterlichen ungarischen Rechtsunterrichts,¹⁰² weiterhin über die Universität von Pécs im Mittelalter.¹⁰³ Lajos Elekes berichtete in seiner wissenschaftsgeschichtlichen Übersicht über die Ergebnisse bzw. der Probleme der Zentralisierung und des Ständewesens und er systematisierte die aufgeklärten,

⁹³ A falurendszer kialakulása Magyarországon (X—XV. század) (*Die Entstehung des Dorfsystems in Ungarn [10—15. Jahrhundert]*), Budapest 1966.

⁹⁴ Magyar mezővárosok a XV. században (*Die ungarischen Marktflecken im 15. Jahrhundert*), Budapest 1965.

⁹⁵ Középkori magyar városprivilegiumok (*Ungarische Stadtprivilegien im Mittelalter*) in Tanulmányok Budapest múltjából Bd. XIV. Budapest 1961. S. 17—107.

⁹⁶ Buda város pecséthasználatának kialakulása (Fr. Auszug: *Le développement de l'usage du sceau de la ville de Buda*) in Tanulmányok Budapest múltjából XIV. S. 109—146.

⁹⁷ Das Ofner Stadtrecht. Eine deutschsprachige Rechtssammlung des 15. Jahrhunderts aus Ungarn, Budapest 1959.

⁹⁸ Die Entwicklung der geistlichen Gerichtsbarkeit in Ungarn vor 1526. Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kan. Abt. 80. (1963) S. 174—235.

⁹⁹ Einflüsse des römischen Rechts in Ungarn. Ius Romanum Medii Aevi. Pars V, 10., Mediolani 1964.

¹⁰⁰ Der Zusammenhang der Summa Legum mit dem Tripartitum. Studia Slavica Hung. Jg. 11. (1965) S. 373—409.

¹⁰¹ In A 600 éves jogi felsőoktatás történetéből 1367—1967 (*Aus der 600 jährigen Geschichte des oberen Rechtsunterrichtes 1367—1967*), Pécs 1968. S. 21—26.

¹⁰² Galvano di Bologna pécsi működése és a középkori magyar jogi oktatás egyes kérdései (*Das Wirken des Galvano di Bologna zu Pécs und einige Fragen des mittelalterlichen Rechtsunterrichts in Ungarn*) in Jubileumi Tanulmányok Bd. I. Pécs 1967. S. 111—128.

¹⁰³ Die Universität von Pécs im Mittelalter (1367—), Pécs 1965.

die umstrittenen und die weitere Forschungen benötigenden Fragen.¹⁰⁴ Márton Sarlós hat mit seinem gedankenerregenden Aufsatz zum Problem der organischen Staatstheorie und der Staatstheorie der Heiligen Krone beigetragen.¹⁰⁵

Die am wenigsten bekannte Periode der ungarischen Staats- und Rechtsgeschichte ist das Zeitalter der Türkenherrschaft (1526—1686). Trotzdem gibt es noch immer keinen Rechtshistoriker, der den rechtsgeschichtlichen Probleme dieses Zeitalters eine längere Zeit gewidmet hätte. Es kann für uns nicht als Entschuldigung dienen, dass auch die Historiker verhältnismässig wenig für die Aufklärung dieses Zeitalters der Entwicklung des ungarischen Volkes getan haben. Es erschienen zwar in den letzten Jahren einige sozialgeschichtliche Werke, die sich nebenbei mit Fragen der Rechtsgeschichte befassten.¹⁰⁶ Diese Lage darf aber für uns selbstverständlich nicht als beruhigend erscheinen. Unter diesen Umständen ist es sehr erfreulich, dass sich ein Forscher, Endre Varga, die kritische Quellenausgabe domanialgerichtlicher Prozessdokumente (urbariale, strafrechtliche und zivilrechtliche Dokumente) aus dem 16. und 17. Jahrhundert zum Ziel setzte und den ein ungewöhnlich reiches Material enthaltenden Band mit einer wertvollen Einleitung in dem er vor allem über die Entwicklung der Domanialgerichtsorganisation eine gute Übersicht gab, erscheinen liess.¹⁰⁷ Wir können über István Rác und István Orosz ebenfalls mit Anerkennung sprechen. Der erstgenannte schrieb über die Selbstverwaltung der Ortschaft Hajdúszoboszló im 17. Jahrhundert, der zweitgenannte über die Probleme von zwölf Städten von Hegyalja im 17. Jahrhundert. Beide Werke enthalten zahlreiche wichtige Erörterungen auch bezüglich der Rechtsgeschichte.¹⁰⁸

Auf die Vorstellung der rechtsgeschichtlichen Literatur des Zeitalters von der Vertreibung der Türken bis zum Ausbruch der bürgerlichen Revolution von 1848 hinübergehend, befassen wir uns zunächst mit den Werken, die die zentralen Staatsorgane behandeln. György Bónis befasste sich in zwei kleineren, hauptsächlich für ausländische Leser geschriebenen Aufsätzen mit dem

¹⁰⁴ Rendiség és központosság a feudális államokban (Ständewesen und Zentralisation in den Feudalstaaten), Budapest 1962.

¹⁰⁵ Die organische Staatstheorie und die Staatstheorie der Heiligen Krone in der ungarischen Rechtsgeschichtswissenschaft. Annales Univ. Sc. Budapestiensis, Sec. Juridica, Tom. II. (1961) S. 137—161.

¹⁰⁶ Katalin R. Péter, Egy hegyaljai mezőváros harca az örökös jobbágyság ellen... a XVII. században (Kampf eines Marktfleckens von der Weingegend von Tokaj gegen die erbliche Leibeigenschaft... im 17. Jahrhundert) in Történelmi Szemle Jg. 4. (1961) S. 427—441; Vera Zimányi, Der Bauernstand der Herrschaft Güssing im 16. und 17. Jahrhundert, Eisenstadt 1962.; László Makkai (Red.), Jobbágytelek és parasztgazdaság az örökös jobbágyság kialakulásának korszakában (Das Leibeigengrundstück und die Bauernwirtschaft zur Zeit der Entfaltung der erblichen Leibeigenschaft), Budapest 1966; Vera Zimányi, A rohonc-szalónaki uradalom és jobbágysága a XVI—XVII. században (Die Herrschaft von Rohonc-Szalónak und seine Leibeigenen im 16. und 17. Jhdt.), Budapest 1968; Mária Szentgyörgyi, Jobbágyterhek a XVI—XVII. századi Erdélyben (Die Lasten der Leibeigenen in Siebenbürgen im 16. und 17. Jhdt.), Budapest 1962.

¹⁰⁷ Úriszék. XVI—XVII. századi perszövegek (Das Domanialgericht. Prozesstexte aus dem 16. und 17. Jhdt.), Budapest 1958.

¹⁰⁸ István Rác, Hajdúszoboszló önkormányzata a XVII. században (Die Selbstverwaltung von Hajdúszoboszló im 17. Jhdt.), Debrecen 1960.; István Orosz, A hegyaljai mezővárosok társadalma a XVII. században (Fr. Auszug: La société des bourgades de Hegyalja au XVII^e siècle) in Agrártörténeti tanulmányok, Budapest, 1960, S. 3—70.

ungarischen Ständischen Reichstag;¹⁰⁹ Vilmos Sári untersuchte die Abgeordneteninstruktionen im Unterhaus des Reichstags und er hat durch die Aufdeckung von neueren Daten zum Erkenntnis des Systems der Anweisungen für die Abgesandten bedeutend beigetragen.¹¹⁰ Die Werke von Oszkár Paulinyi und István Nagy ergänzen sich, die eine behandelt die Einführung der Kommissionsgeschäftsführung bei unserem wichtigsten Finanzverwaltungsorgan, der ungarischen Kammer (*Camera Regia Hungarica*)¹¹¹, und die zweite die Geschäftsführungsreform von 1773 und die Einführung des dicasterialen Systems.¹¹² Als sehr wertvoll müssen wir das Werk von Miklós Veres über die Behörde des Tavernikars (*magister tavernicorum*) und über das Tavernikalgericht beurteilen, das sich auch auf die Darstellung der dreihundertjährigen Entwicklung des Tavernikalamtes (*officium tavernicale*) und des Tavernikalstuhls (*sedes tavernicalis*), der Organisation, der Kompetenz und Zuständigkeit der Geschäftsführung beider Institutionen, des Prozessverfahrens des Tavernikalstuhls ausbreitet, und dessen Ergebnisse von keinem Rechtshistoriker, der sich mit der Rechtsgeschichte der ungarischen Städte von 1526 bis 1849 befasst, dürfen unterlassen werden.¹¹³

Die ungarischen Historiker haben schon lange erkannt, wie grosse Bedeutung den lokalgeschichtlichen Forschungen zukommt. Heute schon bekennen sich auch unsere Rechtshistoriker zu der Auffassung, dass zahlreiche rechtshistorische Probleme des Landes, infolge des Mangels der Rechtseinheit im Feudalismus, erst dann befriedigend zu lösen sind, wenn die Organisation und das Rechtsleben einzelner königlichen Freistädte, Marktflecken oder Dörfer gründlich untersucht werden. In den vergangenen Jahren nahmen die lokalgeschichtlichen aber vom Standpunkt des ganzen Landes massgebenden Forschungen einen Aufschwung. Wir erwähnen, der Rangordnung der Siedlungen folgend, zuerst die die Rechtsgeschichte der freien königlichen Städte behandelnden Werke. András Tóth berichtete, auf Grund von gründlich durchgeführten Quellenforschungen, über den Kampf der Bewohner der Stadt Buda, die nach der Wiedereroberung unter einer militärischen und kameraleen Verwaltung standen, um ihre Selbstverwaltung zurückzubekommen.¹¹⁴ István Nagy untersuchte die Neugestaltung, die Entwicklung der Selbstverwaltungsorgane in Buda und das gegenseitige Verhältnis der einzelnen Körperschaf-

¹⁰⁹ *The Hungarian Feudal Diet (13th to 18th centuries)*. Tiré à part du volume XXV des Recueils de la Société Jean Bodin pour l'Histoire comparative des Institutions. S. 287—307.; *The Powers of Deputies in the Hungarian Feudal Diet (1790—1848)* in *Liber Memorialis* Sir Maurice Powicke, Louvain—Paris 1965, S. 169—190.

¹¹⁰ Békés megyei követutasítások (*Anweisungen für Abgesandten des Komitats Békés*) in *Körös Népe* Bd. III., Békéscsaba 1963, S. 5—30.

¹¹¹ Oszkár Paulinyi, A bizottsági ügyvitel rendszerezése a magyar udvari kamaránál (Fr. Auszug: *Le système d'administration par commissions à la Chambre Royale Hongroise 1749—1772*) in *Levéltári Közlemények* Jg. 33. (1962) S. 15—26.

¹¹² István Nagy, Az 1773. évi ügyviteli reform és az ügyosztályi rendszer bevezetése a magyar udvari Kamaránál (Fr. Auszug: *La réforme administrative de l'an de 1773 et l'instruction du régime des départements à la Chambre de la Cour Hongroise*) in *Levéltári Közlemények* Jg. 36. (1965) S. 257—295.

¹¹³ A tárnoki hatóság és a tárnoki szék 1526—1849 (*Die Behörde des Thavernikars und das Thavernikarsgericht von 1526 bis 1849*), Budapest 1968.

¹¹⁴ Pest város lakosságának küzdelme az önkormányzatért (1686—1705) (*Kampf der Einwohnerschaft von Pest um die Selbstverwaltung*) in *Tanulmányok Buda-pest múltjából* XIII., Budapest 1959, S. 103—138.

ten vom Ende des 17. Jahrhunderts bis zur Zeit des Kaisers Joseph II.¹¹⁵ György Bónis bearbeitete in einem dicken Band die Gerichtspraxis der Städte Buda und Pest von 1686 bis 1708, zunächst erläuterte er die Entwicklung der Jurisdiktion beider Städte, dann deckte er aus dem im Quellenmaterial schlecht und recht aufzufindenden konkreten Rechtsfällen die prozessrechtlichen, privatrechtlichen und strafrechtlichen Regeln und Regelmässigkeiten auf. Der Wert dieses Werkes wird dadurch erhöht, dass der Verfasser als Abschluss die Daten über die Tätigkeit der fremden Juristen und über die Herrschaft der römisch-österreichischen Rechtsregeln vor allem des für unsere Städte bindenden strafrechtlichen und verfahrensrechtlichen Gesetzbuches von Ferdinand III., der Praxis Criminalis (1656), veröffentlichte.¹¹⁶ Wir veröffentlichten eine Abhandlung über ein Teilgebiet des Rechtslebens in der königlichen Freistadt Szeged im Reformzeitalter (1790—1848), in der wir bewiesen, dass das städtische Gericht zahlreiche Umstände als Schuldausschliessungsgründe und Strafaufhebungsgründe anerkannte (Notwehr, Minderjährigkeit, Geisteskrankheit, Nötigung, Drohung, Irrtum usw.), und wir versuchten zu erfassen, was für begriffliche Elemente sich zur Bezeichnung dieser Umstände in der Praxis herausgebildet haben.¹¹⁷

Eine bedeutend grössere Anzahl von Werken befassten sich mit den Problemen der Marktflecken und Dörfer, als mit der Rechtsgeschichte der königlichen Freistädte. Von diesen erwähnen wir zunächst das Werk von Andor Csizmadia, das sein Thema musterhaft erschöpfend ausgezeichnete Informationen über die Arten der Marktflecken, über ihre Einordnung in den Mechanismus des Feudalstaates, über ihre innere Organisation, Gerichtsbarkeit, weiterhin über den Kampf von 15 Marktflecken um die Befreiung, d. h. um das Erlangen des Munizipialstatus lieferte.¹¹⁸ Gyula Varga berichtete über die Verhältnisse einer Haiduckensiedlung, mit vielen rechtsgeschichtlichen Daten ergänzt und mit besonderer Hinsicht auf die Fragen der Selbstverwaltung.¹¹⁹ István Szendrey hat mit zwei wertvollen Werken zur Erkenntnis der Organisation, der Rechte und Pflichten der Bewohner von 13 unter gutsherrliche Gewalt geratenen Haiduckendörfer beigetragen und bearbeitete den Prozess dieser für das Zurückbekommen der Haiduckenfreiheit.¹²⁰ Derselbe

¹¹⁵ A választó polgárság testülete Budán a XVIII. században (*Die „Genannte Bürgerschaft“ Ofens im 18. Jahrhundert*) in Tanulmányok Budapest múltjából XIII. S. 139—166.

¹¹⁶ Buda és Pest bírósági gyakorlata a török kiűzése után 1686—1708 (*Die Gerichtspraxis von Ofen und Pest nach der Vertreibung der Türken 1686—1708*), Budapest 1962.

¹¹⁷ Ödön Both, A beszámítást kizáró és a büntetést megszüntető okok Szeged város reformkori büntetőjogában (1790—1848) (*Schuldausschliessungsgründe und Strafaufhebungsgründe im Strafrecht der Stadt Szeged im Reformzeitalter*), Szeged 1963.

¹¹⁸ Az egyházi mezővárosok jogi helyzete és küzdelmük a felszabadulásért a XVIII. században (*Die Rechtsstellung der kirchlichen Marktflecken und ihr Kampf für die Befreiung im 18. Jahrhundert*), Budapest 1962.

¹¹⁹ Kismarja. Egy szabad paraszt község a feudalizmus bomlásának korszakában (*Kismarja. Eine freie bäuerliche Gemeinde im Zeitalter der Auflösung des Feudalismus*) in Agrártörténeti tanulmányok, Budapest 1960. S. 71—137.

¹²⁰ Egy alföldi uradalom a török hódoltság után (*Eine Domäne des ungarischen Tieflandes nach der Türkenbesetzung*), Budapest 1968; A bihari hajdúk pere a hajdúszabadságért (*Der Prozess der Haiducken von Bihar um die Haiduckenfreiheit*), Debrecen (1958).

Verfasser veröffentlichte einen Aufsatz über die Institution der Dorfgerichte in Siebenbürgen im 18. Jahrhundert.¹²¹ Vilmos Sági gab eine gute Übersicht von der alten Dorfgerichtsbarkeit am Ende des Feudalismus.¹²² Pál Maday bearbeitete einerseits eine aus 15 Paragraphen bestehende Anweisung (*instructio*), die von der Domäne von Gyula, im 18. Jahrhundert, den Dorfrichtern gegeben wurde,¹²³ andererseits analysierte er die Amtseidesformen derselben Domäne aus der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert.¹²⁴ Über die Zünfte in der ungarischen Tiefebene und in Transdanubien publizierte Géza Eperjessy ein wertvolles Buch, das unter anderen über ihre Herausbildung, die über sie ausgeübte Kommunalgewalt, über die sie betreffenden Gesetzentwürfe der Reichstage von 1790—91, 1825—27 und 1843—44, weiterhin über die Zunftepolitik der zentralen Regierungsorgane informiert.¹²⁵ István Szabó berichtete über die in den 1780-er und 1850-er Jahren entstandenen Verwaltungsmassnahmen, die die Aufhebung des Einzelhofsystems auf der Tiefenebene beabsichtigten; der Verfasser hat in diesem Werk auch die Ursachen, und die Misserfolge dieser Anordnungen dargestellt.¹²⁶

Die ungarischen Forscher machten auch auf dem Gebiet der Erläuterung der Rechtsverhältnisse der ungarischen Leibeigenen einen grossen Schritt vorwärts. János Varga untersuchte, was für Typen des Bodenbesitzes der Leibeigenen in Ungarn nach der Herausgabe des Urbarialpatents der Königin Maria Theresia entstanden. Er deckte die Unterschiede der urbarialen, dienstbarkeithen (Rodeland, Weinberg), der gemeinsamen nutzungsrechtlichen (Weide, Wald, Rohrgebüsch) und der allodialen Bauerngüter auf, und er wies nach: da die Gesetzgebung von 1848 die urbarialen Leistungen bzw. die Leistungen nach einem erblichen, das Urbar substituierenden Vertrag, abgeschafft hat, wurden nur die mit diesen Leistungen belasteten Gründe und Boden den ehemaligen Leibeigenen übergeben, d. h. mehr als rund 24% der Gründe und Boden der Leibeigenen theoretisch auch weiterhin das Eigentum der Gutsherren war.¹²⁷ Márton Sarlós versuchte die Frage zu beantworten, wer von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ab als Eigentümer eines Leibeigenengrundes zu betrachten sei. Seiner Meinung nach ist der Leibeigene der eigentliche Eigentümer, während den Gutsherren nur die sich auf das Leibeigenengrund und auf den Leibeigenen selbst gerichteten verschiedenen sach-

¹²¹ A XVIII. századi erdélyi falusbírásról (Über die Dorfgerichte Siebenbürgens im 18. Jhdt.). Acta Univ. Debreceniensis. Ser. historica, Debrecen 1963.

¹²² Községi bíraskodásunk a feudalizmus évszázadaiban (Die ungarische Dorfgerichtsbarkeit im Zeitalter des Feudalismus) in Jogtudományi Közlöny Jg. 21. (1966) S. 466—472.

¹²³ A gyulai uradalom polgári perrendtartása 1792-ből (Die Zivilprozessordnung der Domäne von Gyula aus dem Jahre 1792), Szeged 1961.

¹²⁴ Falusi tisztségviselők hivatali esküje a gyulai uradalomban (Der Amtseid der Dorfbeamten in der Domäne von Gyula), Szeged 1963.

¹²⁵ Mezővárosi és falusi céhek az Alföldön és a Dunántúlon (1686—1848) (Die Zünfte der Marktflecken und Dörfer auf dem Tiefland und in Transdanubien), Budapest 1967.

¹²⁶ Kísérletek az alföldi tanyarendszer megszüntetésére az 1780-as és 1850-es években (Versuche zur Aufhebung des Einzelhofsystems der ungarischen Tiefebene in den 1780-er und 1850-er Jahren) in Agrártörténeti tanulmányok, Budapest 1960. S. 139—207.

¹²⁷ Typen und Probleme des bäuerlichen Grundbesitzes in Ungarn 1767—1849. Budapest 1965.

lichen und persönlichen Berechtigungen zukamen.¹²⁸ Zahlreiche Probleme über das Recht auf Testamenterrichtung der Leibeigenen wurden von Ernő Tárkány Szűcs durch die Bearbeitung des „Testamentbuches“ von Hódmezővásárhely bzw. durch seine Abhandlung über das Testament der defizienten (kinderlosen) Leibeigenen gelöst.¹²⁹ Pál Maday befasste sich mit den Verträgen, die von einer Gruppe der Leibeigenen und der Domäne Mindszent-Ányás abgeschlossen wurden.¹³⁰ László Révész sammelte noch in Ungarn das Quellenmaterial zu seiner Kandidaturdissertation, und er veröffentlichte über die Rechtslage der osteuropäischen Bauernschaft im 17. und 18. Jahrhundert ein umfangreiches Buch, in dem er sich mit der persönlichen Abhängigkeit der Bauern, mit ihrem Grundstück, mit ihren Lasten, ihrer sozialen Schichtung ausführlich befasste, aber auch das Verhältnis der Gutsherren zu den Gutarbeitern skizzenhaft behandelte.¹³¹ Vilmos Sági schrieb auf Grund gründlicher Quellenforschungen die Geschichte der Rechtsverhältnisse der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter vom 16. Jahrhundert bis 1848. Dieses Buch gibt unter anderen über den Charakter der Lohnverträge der landwirtschaftlichen Arbeiter sowie über die Mittel und Methoden, mit denen die von diesen Verträgen entstandenen oder mit ihnen zusammenhängenden Streitfragen entschieden wurden. Der Wert dieses Buches besteht auch darin, dass es die Aufmerksamkeit auf einige bisher gar nicht oder kaum bekannte Texte von Rechtsquellen über die Rechtsverhältnisse dieser Gesellschaftsgruppe lenkte.¹³² Hier möchten wir auch die ausgezeichnete Abhandlung von Alajos Degré über das Verfahren der Domanalgerichte im 18. und 19. Jahrhundert erwähnen, in der die Wirkung des aufgeklärten Absolutismus auf die Domanalgerichtsbarkeit untersucht wurde.¹³³

Die ausgezeichnete Abhandlung von Endre Varga, die sich ebenfalls mit dem genannten Zeitalter befasst, aber bisher noch nicht erwähnt worden ist, soll besonders hervorgehoben werden. Der Verfasser setzte sich die Darstellung des Verfahrens bei der durch die Gerichtsreform von 1723 neu organisierten Königlichen Curia zum Ziel, wobei die Behandlung mit der Berücksichtigung der einzelnen Perioden erfolgte. Die erwiesene Schlussfolgerung des Verfassers lautet: die Rechtspflege und Prozessordnung behielten die mittelalterlichen Formen, ohne grundsätzliche Modifizierungen, bis zur

¹²⁸ A magyar jobbágytelek tulajdonjogi viszonyai 1848 előtt (Fr. Auszug: *Les rapports de propriété des tenures serviles en Hongrie avant 1848*) in Acta Facultatis Politico—Juridicae Univ. Scientiarum Budapestiensis. Tom. I. Fasc. 1., Budapest 1959. S. 5—26.

¹²⁹ Vásárhelyi testamentumok (*Die Testamente von Vásárhely*), Budapest 1961.; A deficiens jobbágy végrendelete a XVIII—XIX. században (*Das Testament des defizienten Leibeigenen im 18. und 19. Jahrhundert*) in Agrártörténeti Szemle Jg. 1966. S. 401—431.

¹³⁰ Árendás jobbágyok szerződés formulái a mindszent-ányási uradalomban (Fr. Auszug: *Formulaires de baux conclus avec les serfs affermataires dans le domaine seigneurial de Mindszent-Ányás*), Szeged 1958.

¹³¹ Der osteuropäische Bauer. Seine Rechtslage im 17. und 18. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung Ungars, Bern 1964.

¹³² A mezőgazdasági bérmunkásság jogviszonyai Magyarországon a XVI. századtól 1848-ig (*Die Rechtsbeziehungen der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter in Ungarn vom 16. Jhd. bis 1848.*), Budapest 1967.

¹³³ Úriszéki peres eljárás a Déldunántúlon a XVIII—XIX. században (Fr. Auszug: *La justice seigneuriale et sa procédure en Transdanubie Méridionale aux XVIII—XIX. siècles*) in Levéltári Közlemények Jg. 32. (1961) S. 101—128.

bürgerlichen Revolution.¹³⁴ Lajos Hajdú widmete zwei wertvolle Aufsätze den Problemen des Strafgesetzbuchentwurfes von 1795. Der erste erörtert die strafrechtlichen Anträge der Komitate, die der Regnicolaris Deputatio Juridica abgesandt worden waren. Dieser Deputatio oblag auch die Ausarbeitung des Strafgesetzbuches aufgrund des Art. 67. des Gesetzes von 1791. Der zweite Aufsatz erörtert die Kodifikationstätigkeit der Deputatio und der beauftragten Referenten.¹³⁵ Alajos Degré befasste sich in seiner verhältnismässig kurzer Publikation mit den Hexenprozessen im Komitat Zala im 18. Jahrhundert, und er sah den eigentlichen Grund dieser Prozesse im Rückstand der Medizinwissenschaft.¹³⁶ Ferenc Sik lenkte die Aufmerksamkeit, auf Grund eines bereits veröffentlichten Quellenmaterials, auf einige Probleme des standgerichtlichen Verfahrens, und er gab seiner Meinung Ausdruck, dass die Rechtsinstitution des Standrechtes in Ungarn erst am Anfang des 19. Jahrhunderts erschien.¹³⁷

Wegen Raummangels müssen wir zu unserem grössten Bedauern auf die Aufzählung der Abhandlungen verzichten, die auf der IX. Tschechoslowakisch—Ungarischen Rechtshistorikerkonferenz bzw. 1967 auf der in Pécs veranstalteten universitätsgeschichtlichen Konferenz vorgetragen wurden. Aber soviel müssen wir unbedingt erwähnen, dass die Verfasser der aus diesen Anlässen publizierten Sammlungen,¹³⁸ unter denen mehrere von uns in dieser Arbeit bereits erwähnt wurden, unsere Kenntnisse über die Juristenbildung, die Entwicklung des juristischen Denkens, oder die Geschichte der Universitäten und Rechtsakademien, ihren gewählten Themata entsprechend, bedeutend bereichert haben.

Einige ungarische Forscher haben sich die Aufgabe gestellt, die rechtlichen und politischen Anschauungen der grössten historischen Persönlichkeiten des Reformzeitalters, d. h. der Periode vor der ungarischen bürgerlichen Revolution zu untersuchen. Zu ihnen zählt Prof. Márton Sarlós, der über István Széchenyi ein viele neue Momente enthaltendes Buch schrieb, welches einerseits zur besseren Erkenntnis der Staatsauffassung von Széchenyi, weiterhin seiner Ansichten über der Rechtmässigkeit der Revolution und der Unabhängigkeitserklärung beigetragen hat, andererseits seiner Schlussfolgerung Ausdruck gab, dass Széchenyi bereits am Reichstag von

¹³⁴ Polgári peres eljárás a Királyi Curián 1724—1848/49 (*Zivilprozessverfahren an der Königlichen Kurie vom Jahre 1724 bis 1848/49*) in *Levéltári Közlemények* Jg. 39. (1968) S. 269—312.

¹³⁵ Javaslatok az 1795. évi büntetőkódex-tervezethez (*Vorschläge zum Entwurf des Strafkodexes von 1795*) in *Acta Facultatis Politico—Juridicae Universitatis Scientiarum Budapestinensis*. Tom. VIII., Budapest 1966. S. 109—121.; Adalékok a magyar büntetőjogi kodifikációs kísérletek történetéhez (*Zur Geschichte der Kodifikationsversuche des ungarischen Strafrechts*) in *Jogtörténeti tanulmányok*, Bd. I. S. 111—129.

¹³⁶ Boszorkányperek Zala megyében (*Die Hexenprozesse des Komitates Zala*) in *Göcseji Múzeum Évkönyve*, Zalaegerszeg 1960, S. 227—238.

¹³⁷ A rögtönítélő eljárás mint a konszolidációért folytatott harc jogi eszköze Magyarországon a 19. század első felében (*Das statarale Verfahren als Rechtsmittel im für die Konsolidation geführten Kampf in Ungarn in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*) in *Acta Facultatis Politica—Juridicae Universitatis Scientiarum Budapestinensis*. Tom. VI. Fasc. 1. (1964) S. 179—198.

¹³⁸ *Die juristische Bildung in der Slowakei und Ungarn bis zum J. 1848*. *Acta Facultatis Juridicae Universitatis Comenianae*, Bratislava 1968., Andor Csizmadia (Red.), A 600 éves jogi felsőoktatás történetéből 1367—1967 (*Aus der 600jährigen Geschichte des oberen Rechtsunterrichtes 1367—1967*), Pécs 1968.

1832—36 hinsichtlich der Leibeigenenfrage eine retrograde Stellung einnahm.¹³⁹ Später kehrte er noch einmal auf die Széchenyi-Frage zurück, und betonte seine Überzeugung: „Széchenyis Auffassung über das Grundeigentumsrecht blieb beim Tripartitum stecken“.¹⁴⁰ Der Verfasser untersuchte in einem späteren, gedankenreichen Aufsatz den erfolgreichen Kampf von Ferenc Deák um die Inartikulierung des urbarialen Bauerneigentums.¹⁴¹

Das Jahr 1848 brachte in der Rechtsentwicklung Ungarns einen entscheidenden Umbruch mit sich. Die damals erfolgte bürgerliche Revolution stürzte die Herrschaft des mehr als acht Jahrhunderte alten ungarischen feudalen Rechtssystems und schuf die Bedingungen zur *Herausbildung des bürgerlichen Staats- und Rechtssystems*. Es ist nicht überraschend, dass die Aufklärung dieses bedeutungsvollen Zeitalters in mehreren Abhandlungen vorgenommen wurde. *Andor Csizmadia* unternahm den Versuch, die Herausbildung der Institution der Regierungskommissare, ihre Gewalt, ihre politische, Regierungs-, administrative und Justiztätigkeit darzustellen;¹⁴² etwas später publizierte er sein Buch über das Wahlsystem derselben Periode,¹⁴³ in dem er die Probleme der Entfaltung des Kampfes um das demokratische Wahlrecht, der zum ersten Gesetz (5/1848) über die ungarische Volksvertretungswahlrecht führte. In diesem Werk erörterte der Verfasser das System der aufgrund dieses Gesetzes in demselben Jahr (1848) erfolgten Abgeordnetenwahlen, die Praxis bei den Mandatnachweisen, bei der Wahlgerichtsbarkeit, weiterhin bei der Beurteilung der Inkompatibilität des Abgeordnetenhauses so erfolgreich, dass die weiteren Forschungen auf der Grundlage seiner Ergebnisse unsere Kenntnisse höchstens in einigen Teilfragen modifizieren oder eher erweitern werden.¹⁴⁴ *Ernö Lakatos* befasste sich mit den Komitatsausschüssen, die die Rolle der Vollversammlungen in den adeligen Komitaten mit modifiziertem Wirkungskreis übernahmen, und die neuartige Selbstverwaltungskörperschaften darstellten, so dass er auch die Organisation, den Wirkungskreis und die Tätigkeit der Komitate eingehend erörterte.¹⁴⁵ Wir haben uns die Schilderung des Kampfes um die Einführung der Schwurgerichtsbarkeit in Bezug auf die Veränderung der Staatsorganisation und die Bearbeitung der rechtsgeschichtlichen Probleme des auf Grund von Gesetzesdelegation erfolgten Schwurgerichtserlasses von 1848, der die Vollendung dieses Kampfes bedeutete, zum

¹³⁹ Széchenyi István és a feudális jogrend átalakulása (*István Széchenyi und die Umgestaltung der feudalen Rechtsordnung*), Budapest 1960.

¹⁴⁰ A szabad paraszti birtok Széchenyi jogi reformrendszerében (*Der freie Bauernbesitz im rechtlichen Reformsystem von Széchenyi*) in Magyar Tudomány Jg. 1965. S. 12—27.

¹⁴¹ Deák Ferenc és az úrbéri földtulajdon az 1832/36-i országgyűlésen (*Ferenc Deák und das urbariale Bodeneigentum vor dem Reichstage von 1832 bis 1836*) in Jogtörténeti tanulmányok, Bd. I. S. 193—212.

¹⁴² A kormánybiztosi intézmény 1848—1849-ben (Fr. Auszug: *Le commissariat gouvernemental en 1848—1849*) in Acta Fac. Univ. Sc. Budapestinensis. Tom. II. Fasc. 1. S. 3—32.

¹⁴³ A magyar választási rendszer 1848—1849-ben (*Das System der Parlamentswahlen in Ungarn in den Jahren 1848/1849*), Budapest 1963.

¹⁴⁴ Vgl. hierzu Ödön Both, Az 1848/49-i magyar választási rendszer történetéhez (*Zur Geschichte des ungarischen Wahlsystems von 1848/49.*) in Jogtudományi Közlöny Jg. XIX. (1964) S. 317—323.

¹⁴⁵ Az első megyebizottmány 1848—1849 (*Die erste Komitatsgeneralversammlung 1848—1849*) in Levéltári Közlemények Jg. 28. (1958) S. 103—128.

Ziel gesetzt.¹⁴⁶ Béla Sarlós erzielte beruhigende Ergebnisse in seinem Werk über das Strafrecht der Revolution und des Freiheitskampfes¹⁴⁷ bezüglich der Strafrechtsbestimmungen und des sog. „Notstandsgesetzes“, die infolge der ausserordentlichen historischen Lage notwendig wurden, weiterhin bezüglich der Durchführung dieser; er konnte aber die Geschichte der ordentlichen Strafgesetze noch nicht endgültig aufklären, weil bis zur Erscheinung seines Werkes die Bearbeitung der Praxis der örtlichen Gerichte, denen — mangels eines Kodexes und wegen des nichtssagenden Materials der zentralen Gerichte bei der wichtigsten strafrechtlichen Fragen — eine entscheidende Bedeutung zukam, noch nicht beendet wurde.¹⁴⁸ Márton Sarlós nahm gegen die Auffassung Stellung, mit der durch Gesetzartikel 15. vom Jahre 1848 aufgehobenen Avitizität (*avicitas*) wurden auch das Donationssystem und die Fiskalität (*ius regium et fiscalitas*) aufgehoben.¹⁴⁹

Mit dem Sieg der Revolution von 1848 — wie wir es schon früher erwähnten — begann die bürgerliche Entwicklungsphase der ungarischen Rechtsgeschichte, deren Erforschung von den ungarischen Rechtshistorikern als sehr wichtig beurteilt ist, die auch von zahlreichen Historikern erforscht wurde. Die Zunahme des Interessierens für verschiedene staats- und rechtsgeschichtliche Fragen der bürgerlichen Periode ist zwar sehr erfreulich, es ist aber unmöglich (vor allem für mich, der ich mich mit der Rechtsgeschichte früherer Perioden befasste) auf die Erfolge der diesbezüglichen, massenhaft erscheinenden Abhandlungen sogar in der Form von kurzen Bemerkungen hinzuweisen, das würde einen dicken Band beanspruchen. Unter diesen Umständen, das Odium auf mich nehmend, dass meine Arbeit einerseits kein vollständiges Bild über die heutige Lage der ungarischen Rechtsgeschichtsschreibung geben kann, andererseits die Verschweigung einiger Beiträge vielleicht auch menschliche Empfindlichkeit verletzt, kann ich nicht anderes tun, als neben einigen grossen Synthesen und Sammelbänden nur auf jene Forschungsgebiete die Aufmerksamkeit zu lenken, wo bedeutende Erfolge registriert werden können.

Auch die rechtsgeschichtliche Literatur wurde durch das Werk von Oszkár Sashegyi bereichert, der seinem Werk „Das Archiv der Zeit des Absolutismus“¹⁵⁰ eine den Umfang eines mittelgrossen Buches erreichende Einleitung beifügte, in der die Regierung Ungarns im genannten Zeitalter erfolgreich erörtert wurde. Dank seiner Arbeit — und den Ergebnissen eines anderen Werkes über die Einverleibung Ungarns ins österreichische Kaisertum¹⁵¹ — können die weiteren Forschungen von festen Grundlagen ausgehen. Imre Révész löste in seinem Buch, das die katholische und protestantische Kirchen-

¹⁴⁶ Ödön Both, Kúzelem az esküdtbíráskodás bevezetéséért Magyarországon a reformkorban és az 1848. április 29-i esküdtzéki rendelet (*Kampf im Reformzeitalter um die Einführung der Geschworenengerichtbarkeit in Ungarn und die Verordnung vom 29 April 1848 über die Schwurgerichte*), Szeged 1960.

¹⁴⁷ Az 1848/49-es forradalom és szabadságharc büntetőjoga (*Das Strafrecht der Revolution und des Freiheitskampfes von 1848/49*), Budapest 1959.

¹⁴⁸ Ödön Both, Szeged város büntetőbíráskodása 1848-ban (*Die städtische Strafgerichtbarkeit von Szeged im Jahre 1848*), Szeged 1958.

¹⁴⁹ *La fin de la propriété foncière féodale en Hongrie*. Acta Jur. Acad. Sc. Hung. Tom. II. S. 25—52.

¹⁵⁰ Az abszolutizmus kori levéltár, Budapest 1965.

¹⁵¹ Magyarország beolvastása az ausztriai császárságba (*Ungarns Einverleibung in das Kaisertum Österreich*) in Levéltári Közlemények Jg. 39. (1968) S. 63—104.

politik der Bach-Zeit klarlegte, zahlreiche Probleme über das österreichische Konkordat von 1855 und vielleicht noch erfolgreicher über den Erlass und die Durchführung des kaiserlichen Patentes von 1859, das die innere Struktur, das Bildungswesen, die staatsrechtliche Lage der beiden evangelischen Kirchen regelte.¹⁵² Das hundertjährige Jubiläum des Ausgleiches von 1867 gab für György Szabad eine Gelegenheit, sein bereits früher vollendetes Werk, in dem er die staatsorganisatorischen aber auch verschiedene rechtsgeschichtliche Probleme der Jahre 1860 und 1861, die den Gipfel des Kampfes zwischen den Anhängern und den Gegnern des Ausgleiches bedeuteten, mit einem überwältigenden Reichtum an Daten aufklärte, zu veröffentlichen.¹⁵³ Noch zwei andere Bände erweiterten unsere Kenntnisse über den Ausgleich von 1867, von welchen das Werk von István Galántai — wie es behauptet werden kann — den Weg beschrieb, auf den Ungarn zu dem die bürgerliche Umgestaltung von oben abschliessenden Ausgleich gelangte,¹⁵⁴ und das Werk von Endre Kovács untersuchte dasselbe Thema vom österreichischen Standpunkt aus.¹⁵⁵ Von Katalin N. Szegvári wurde ein Thema aus dem Bereich der Emanzipation der Frauen bearbeitet, sie publizierte ihre bereits früher verteidigte Kandidaturdissertation über den Kampf um die Bildungsrechte der Frauen in Ungarn bedeutend erweitert und weiterentwickelt.¹⁵⁶ Sie klärte in ihrem von sorgfältig untersuchten und analysierten Quellen ausgehenden Werk vor allem die Entstehung des Gesetzesartikels 38 von 1868, das den obligatorischen Volksunterricht verordnete, und die Lage der Frauen in den verschiedenen Typen des Unterrichtswesens (Volksschule, Bürgerschule, Lehrerbildungsanstalt, Gymnasium, Fachschule, Universität). Die weiteren Forschungen werden unsere Kenntnisse betreffs dieses Themas höchstens in den kleineren Teilfragen verändern können. György Bónis schrieb mit den Augen eines Rechtshistorikers über die Republikanerbewegung Ungarns vor dem ersten Weltkrieg, wobei der Umstand, dass diese Bewegung zur Vorbereitung der bürgerlichen-demokratischen Revolution von 1918 bedeutend betrug, als ein wichtiger Moment hervorgehoben wurde.¹⁵⁷ Andor Csizmadia entdeckte und bearbeitete mit einer jahrzehntelangen Arbeit das Quellenmaterial über das Verhältnis des Staates und der Kirchen im Horthy-Regime und als Ergebnis dieser Arbeit übergab er der Öffentlichkeit ein Werk von grundsätzlicher Bedeutung, das nicht nur betreffs des in seinem Titel angedeuteten Zeitalters vieles erläuterte, sondern im ersten Kapitel einen neue Ergebnisse enthaltenden Überblick der Entwicklung dieses Verhältnisses vom Anfang der Staatsgründung ab, bieten konnte.¹⁵⁸ Was die

¹⁵² Fejezetek a Bach-korszak egyházpolitikájából (Abschnitte über die Kirchenpolitik des Bach-Regimes), Budapest 1957.

¹⁵³ Forradalom és kiegyezés választútján 1860—1861 (Auf dem Scheideweg der Revolution und des Ausgleiches), Budapest 1967.

¹⁵⁴ Az 1867-es kiegyezés (Der Ausgleich v. J. 1867), Budapest 1967.

¹⁵⁵ Ausztria útja az 1867-es kiegyezéshez (Der Weg Österreichs bis zum Ausgleich v. J. 1867), Budapest 1968.

¹⁵⁶ A nők művelődési jogaiért folytatott harc hazánkban [1777—1918] (Der für die Bildungsrechte der Frauen geführte Kampf in unserer Heimat [1777—1918]), Budapest 1969.

¹⁵⁷ Nagy György és az 1914 előtti magyar köztársasági mozgalom (György Nagy und die ungarische Republikanerbewegung vor 1914), Budapest 1962.

¹⁵⁸ A magyar állam és az egyházak jogi kapcsolatainak kialakulása és gyakorlata a Horthy-korszakban (Die Entfaltung der Rechtsbeziehungen des ungarischen Staates und der Kirchen im Horthy-Regime), Budapest 1966.

Sammelbände betrifft, enthalten die folgenden ein sehr reiches Material: die Beiträge der VII. Ungarisch—Tschechoslowakischen Rechtshistorikerkonferenz, über die Freiheitsrechte und den Staat der Zeit des Dualismus,¹⁵⁹ die Werke über den Staat und das Recht im Horthy-Regime,¹⁶⁰ die bis dahin veröffentlichten Bände der „Rechtsgeschichtlichen Studien“¹⁶¹ Das Autorenkollektiv der Bände „Agrargeschichtliche Studien“¹⁶² und „Das Beuerntum in Ungarn im Zeitalter des Kapitalismus“¹⁶³ haben die Bearbeitung der Themata auf dem Gebiet der Rechtsgeschichte des bürgerlichen Systems unternommen. Zoltán Bernáth, József Buzás, Kálmán Kovács, Ferenc Pecze, Erika Rév, József Ruszoly, Béla Sarlós, Vilmos Sári, Ferenc Sik, Kalatin N. Szegvári, Árpád Tóth, Gyula Vargyai veröffentlichten eine Menge von Beiträgen zur Auseinandersetzung dieser Periode.

Sehr viele Abhandlungen beschäftigen sich einerseits mit dem Staats- und Rechtssystem der *Revolution von 1918—19*, besonders mit dem der Ungarischen Räterepublik, andererseits mit den Problemen der *Periode zwischen 1945 und 1949*. Eben deshalb können wir nur einige unter ihnen auf dieser Stelle erwähnen. István Szentpéteri unternahm eine ziemlich bahnbrechende Aufgabe, indem er sich die Untersuchung der Bildung und Rechtsregelung der Räte zur Zeit der Ungarischen Räterepublik zum Ziel setzte und vor allem auf Grund der Aufklärung der Organisations- und Funktionseigenarten der Räte zur folgenden Schlussfolgerung kam: obwohl gewisse Fehler durch die Verletzung der Theorie und Praxis des demokratischen Zentralismus bei der Staatsführung gelegentlich Schwierigkeiten verursachten, waren diese überwiegend aus den notwendigen Schwierigkeiten des Wegsuchens entstanden und zugleich waren auch die Bedingungen der richtigen Organisationsformen und Funktionsmethoden, die eine vollkommenere Arbeit des Staatsbaues ermöglichten, bereits gegeben.¹⁶⁴ Tibor Hajdú schrieb ein Buch über die Räte von 1918—19, dessen 4. Kapitel am interessantesten ist, der sich mit der Zerschlagung des alten Staatsapparates, mit dem Aufbau des Räteystems und mit der Arbeit der Räte befasst.¹⁶⁵ Béla Sarlós machte uns in seinem Buch über die Revolutionstribunale der Räterepublik nicht nur mit ihrer Organisation und Prozessordnung bekannt, sondern auch mit dem von ihnen angewandten Strafrecht. Der Verfasser dieser wertvollen Arbeit zog auf Grund seines Quellenmaterials unter anderem die Schlussfolgerung, dass die revolutionären, neuen, sozialistischen Strafgerichte der Räterepublik mit der Wahrung der revolutionären Gesetzlichkeit ihre geschichtliche Rolle, den Schutz des neuen Gesellschafts- und Staatssystems, erfolgreich erfüllten.¹⁶⁶ Zahlreiche wertvolle Abhandlungen sind in jenem Sammelband zu finden,

¹⁵⁹ *Die Freiheitsrechte und die Staatstheorien im Zeitalter des Dualismus*, Budapest 1966.

¹⁶⁰ *Tanulmányok a Horthy-korszak államáról és jogáról (Abhandlungen über den Staat und das Recht des Horthy-Regimes)*, Budapest 1958.

¹⁶¹ *Jogtörténeti Tanulmányok Bd. I—II.*, Budapest 1966—1968.

¹⁶² *Agrártörténeti Tanulmányok*, Budapest 1960.

¹⁶³ *A parasztság Magyarországon a kapitalizmus korában 1848—1914*, Budapest 1965.

¹⁶⁴ *A tanácsok megalakulása és jogi szabályozása a Tanácsköztársaságban (Die Gestaltung und juristische Regelung der Räte in der Räterepublik)*, Szeged 1957.

¹⁶⁵ *Tanácsok Magyarországon (Die Räte in Ungarn)*, Budapest 1958.

¹⁶⁶ *A Tanácsköztársaság forradalmi törvényszékei (Die revolutionären Gerichtshöfe der Räterepublik)*, Budapest 1961.

der von *Márton Sarlós* redigiert, wertvolle Beiträge von mehr als zehn Verfassern enthält, und die rechtlichen und organisatorischen Teilfragen der Räterepublik behandelt.¹⁶⁷ Der 50. Jahrestag der Revolutionen von 1918—19 in Ungarn haben *Pál Schönwald* und *Béla Sarlós* den Anlass gegeben, um ihre Werke, die die Ergebnisse von einer längeren Forschungsarbeit waren, zu veröffentlichen. *Pál Schönwald* umarbeitete, nach Vollständigkeit trachtend, seine Kandidaturdissertation über die staats- und rechtsgeschichtlichen Fragen der bürgerlich-demokratischen Revolution. In diesem Werk schreibt er nicht nur über die Regierungsform der Revolution, über die Probleme ihrer territorialen Souveränität, über ihre zentralen, örtlichen und militärischen Organe, sondern auch über das Rechtsquellensystem, das Wahlrecht, die Pressefreiheit, das Vereinigungsrecht, das Versammlungsrecht, das Arbeitsrecht, die Agrarreform und das Strafrecht.¹⁶⁸ *Béla Sarlós* untersuchte die Herausbildung des Rechtssystems der Räterepublik, und dadurch setzte er vor allem die Kodifikationstätigkeit des Staates der Proletardiktatur ins neue Licht, indem er über der Bekanntmachung der geltenden Rechtsregeln hinaus, auch diejenigen Quellen bearbeitete, die über Streitfragen und Meinungsunterschiede zeugen.¹⁶⁹ Es begannen die Arbeiten zur Erläuterung der rechtshistorischen Fragen der Jahre von der Befreiung bis zur Proklamation der Verfassung der Ungarischen Volksrepublik (1949), als Ergebnis deren — um nur zwei grössere Werke zu erwähnen — das Buch von *János Beér*, über die Herausbildung der örtlichen Räte und ihre Entwicklung zwischen 1945 und 1960,¹⁷⁰ und das Buch von *Andor Csizmadia*, über die Tätigkeit der Nationalkomitees zwischen 1945 und 1949,¹⁷¹ veröffentlicht wurden.

*

Als Abschluss unserer Abhandlung möchten wir kurz die Erfahrungen zusammenfassen, die aus der 25jährigen Geschichte der ungarischen Rechtsgeschichtsschreibung zu erwerben sind. Es ist kaum zu bezweifeln, dass unsere Disziplin den Weg zum Fortschritt betreten hat. Es kann auch nicht geleugnet werden, dass die Geschichtsauffassung der ungarischen Rechtshistoriker gegen 1950 eine Wendung nahm. Als Ergebnis ist zu nennen, dass zahlreiche Themen bearbeitet worden sind, die von den bürgerlichen Rechtshistorikern unterlassen worden waren. Heute wissen wir bereits verhältnismässig viel über die rechtsgeschichtliche Vergangenheit der ungarischen werktätigen Massen, über die Staats- und Rechtsgeschichte der revolutionären Perioden, weiterhin über das bürgerliche Staats- und Rechts-

¹⁶⁷ A Magyar Tanácsköztársaság állama és joga (*Der Staat und das Recht der Ungarischen Räterepublik*), Budapest 1959.

¹⁶⁸ A magyarországi 1918—1919-es polgári demokratikus forradalom állam- és jogtörténeti kérdései (*Die Fragen der Staats- und Rechtsgeschichte bezüglich der bürgerlich-demokratischen Revolution in Ungarn im Jahre 1918—1919*), Budapest 1969.

¹⁶⁹ A Tanácsköztársaság jogrendszerének kialakulása (*Die Ausbildung des Rechtssystems der Räterepublik*), Budapest 1969.

¹⁷⁰ A helyi tanácsok kialakulása és fejlődése Magyarországon 1945—1960 (*Die Entstehung und Entwicklung der Lokalräte in Ungarn von 1945 bis 1960*), Budapest 1962.

¹⁷¹ A nemzeti bizottságok állami tevékenysége 1944—1949 (*Die staatliche Tätigkeit der Nationalkomitees von 1944 bis 1949*), Budapest 1968.

system. Trotzdem dürfen wir damit nicht zufrieden sein, wir haben noch sehr viel zu erledigen, weil eben für die Forschungen der letzten Jahrzehnte die Instinktmässigkeit, die Gelegentlichkeit und die Einseitigkeit charakteristisch sind. Die Mehrzahl der ungarischen Rechtshistoriker beschäftigten sich lieber mit Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, als mit der Geschichte des Privat-, Straf- und Prozessrechtes. Wir dürfen auch nicht ausser Acht lassen, wie wenige unter Hunderten von publizierten Arbeiten als Grundlage für die zukünftigen Forschungen dienen können. In der Vergangenheit vergingen Jahre, ohne dass grössere Synthesen veröffentlicht wurden. Die Seltenheit der rechtsgeschichtlichen Werken war bloss als eine Tatsache zu erwähnen und wir meinen damit keinesfalls eine Unterschätzung der Abhandlungen. Niemand würde bezweifeln, dass solche Werke unentbehrlich sind, und jeder weiss, dass manche Werke bereits bei ihrer Publikation veraltet und wertlos sind, während zahlreiche Abhandlungen unvergängliche Ergebnisse enthalten. Und noch eines: eine bedeutende Zahl der Verfasser sind Forscher, die diese Arbeit noch nicht lange begonnen haben, sie sind noch nicht reif, um sich mit umfangreichen Bänden vor die Öffentlichkeit zu stellen. Der wahre Forscher fühlt, weiss, wann seine Zeit gekommen sei. Die Anhänger der ungarischen Rechtsgeschichtsschreibung haben zwar keine Garantie, dass alle Verfasser von Abhandlungen einst als Verfasser von Büchern erscheinen werden, aber eines steht fest: wo viele wertvolle kürzere Arbeiten zu finden sind, dort entstehen früher oder später auch grössere Werke und eben dadurch fühlen wir uns beruhigt.